Nr. 33 — Der Tabak-Arbeiter — 1922

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Bezugspreis beträgt 10.00 Mk. für das Vierteljahr ohne Bringerlohn. — Der Anzeigenpreis beträgt 10.00 Mark für die Geschäftsnere Petitzeile. Mitglieder zahlen die Hälfte. Der Betrag ist im voraus zu entrichten. — Schluß für Anzeigenannahme Montag mittag. — Redaktionsschluß Montag abend.

Sonnabend, 19. August

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 20, I. Tel.: Amt Roland 0046. Orts- u. Einschreibesendungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 20, I. — Postscheckkonto 5349 b. Postscheckamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteil. der Großeinkaufsges. Deutsch. Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsausschuß: L. Schoene, Hamburg, Besenbinderhof 57, 3. 42/46

Am 19. August ist der 33. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis:

Vorwärts!
Christliche Demagogie.
Bericht über die Verhandlungen des 18. Verbandstages.
Haltet den Dieb!
Soziales.

Vorwärts!

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband ist eine demokratische Organisation. Für alle seine Entscheidungen und Handlungen ist der Wille der Mitglieder maßgebend. Der Wille der Mitglieder ist das höchste Gesetz.

Die Aufgabe des achtzehnten Verbandstages war es, den Willen der Gesamtmitgliedschaft zum Ausdruck zu bringen, die gestellten Anträge auf ihre Berechtigung und Durchführbarkeit zu prüfen und dann, gestützt auf die Erfahrungen der Vergangenheit, richtunggebend für die Arbeiten der Zukunft zu sein. Gleich von vornherein kann betont werden, daß der Verbandstag die ihm gestellten Aufgaben voll und ganz erfüllt hat. Ueber die Probleme, die für die Tabakarbeiter von besonderer Bedeutung sind, hat es rege Auseinandersetzungen gegeben, die nicht selten an Leidenschaftlichkeit grenzten. Trotz alledem, das muß anerkannt werden, war die Debatte, von einigen Entgleisungen abgesehen, sachlich und von dem Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden Delegierten getragen. Die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten sind mit den Klingen des Geistes zum Austrag gebracht worden.

Was diesem Verbandstage sein besonderes Gepräge gegeben hat, ist die Tatsache, daß die Beschlüsse von entscheidender Bedeutung entweder einstimmig oder fast einstimmig gefaßt worden sind. Einstimmig hat sich der Verbandstag für die von der Statutenberatungskommission vorgeschlagenen Beiträge entschieden. Dieser Beschluß ist ein Stück Klassenkampf in der allerschärfsten Prägung; er stellt dem gewerkschaftlichen Denken und Fühlen der Delegierten das beste Zeugnis aus. Was hat denn alles Klagen und Schimpfen über die ungenügende Entlohnung in der Tabakindustrie, ganz besonders in der Zigarrenindustrie, für einen Wert, wenn nicht die Mittel bereitgestellt werden, um den Unternehmern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abtrotzen zu können? Im wirtschaftlichen Kampf entscheiden die realen Machtverhältnisse und nicht irgend welche Sentimentalitäten. Daß der Verbandstag sich von dieser Erkenntnis leiten ließ, beweisen seine Beschlüsse, nicht nur in der Beitragsregelung, sondern auch bei der Festsetzung der einzelnen Unterstützungsbeträge. Der Hauptwert wurde auf die Unterstützung der Mitglieder in wirtschaftlichen Kämpfen gelegt und deshalb die Streik- und Gemaßregeltenunterstützung wesentlich erhöht und weiterhin beschlossen, daß die Umzugs- und Fahrgeldunterstützung nur noch an streikende, ausgesperrte oder gemaßregelte Mitglieder gezahlt werden soll. Die Beseitigung der übrigen Unterstützungseinrichtungen hat der Verbandstag gegen eine verschwindende Minderheit abgelehnt. Aber darüber war nur eine Meinung vorhanden: zuerst kommen die Unterstützungen für den wirtschaftlichen Kampf, die andern Unterstützungsarten dürfen niemals überwuchern.

Die Aussprache über die Lohnbewegungen in der Tabakindustrie war ein einziger Schrei der Empörung gegen die ungenügende Entlohnung im allgemeinen und die schlechte Entlohnung in der Zigarrenindustrie im besonderen. Bittere Worte sind über das unsoziale und rücksichtsloses Verhalten der Zigarrenfabrikanten gefallen. Die sechswöchige Kündigungsfrist wurde von fast allen Rednern in den Kreis der Erörterung gezogen und als viel zu lang bei der heutigen Entwicklung der Preisverhältnisse bezeichnet. Ein zweites, oder richtiger gesagt, ein drittes Bad Nauheim werden sich die Tabakarbeiter unter keinen Umständen gefallen lassen. Das klang aus allen Reden heraus, und daß es im Ernstfalle nicht nur bei diesen Worten bleiben wird, haben die einstimmig gefaßten Beschlüsse zur Beitragsfrage bewiesen. Trotz aller Kritik der einzelnen Tarife und Vereinbarungen ist anerkannt worden, daß die Verbandsleitung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan und herausgeholt hat, was herausgeholt werden konnte. Für den Antrag, der das „nachgiebige" Verhalten der Verbandsleitung bei den Lohnverhandlungen tadeln sollte, erhoben sich nur ganz wenige Stimmen. Aber auch sonst hat der Verbandstag anerkannt, daß die Verbandsleitung in jedem Falle und auf allen Gebieten im Interesse der Mitglieder und damit im Interesse der Tabakarbeiter gehandelt hat. Das beweist die gegen eine Stimme beschlossene Entlastung und die einstimmige Wiederwahl der Verbandsleitung. Die bei der Wahl des Kollegen Deichmann abgegebenen weißen Stimmzettel richteten sich nicht gegen seine Tätigkeit als Vorsitzender des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, sondern gegen seine parteipolitische Einstellung und Betätigung außerhalb des Verbandes.

Wer seine Lage verbessern will, wer Forderungen stellt, muß auch dafür sorgen, daß er, wo er selbst als Arbeitgeber in Frage kommt, mit gutem Beispiel vorangegangen wird. Der Verbandstag hat dieses gute Beispiel gegeben, einmütig hat er die Gehälter der Verbandsangestellten den Verhältnissen angepaßt und ohne Widerspruch der Gründung einer Zuschußunterstützungskasse zugestimmt.

Von den sonstigen Beschlüssen ist noch hervorzuheben, daß der Verbandstag sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses einverstanden erklärt und den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft gegen eine kleine Minderheit abgelehnt hat.

Mit den Worten: „Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband ist eine demokratische Organisation", sind diese Ausführungen eingeleitet worden. Wie berechtigt diese Worte sind, beweist die vom Verbandstag einstimmig beschlossene Gründung eines Verbandsbeirates. Der Beirat, der 21 Mitglieder aus allen Berufsgruppen und allen Teilen Deutschlands zählt, soll zur Erledigung wichtiger und dringender Organisationsangelegenheiten herangezogen werden. Damit ist einem vielfach gehegten Wunsche Rechnung getragen worden und es darf erwartet werden, daß der neue Beirat zum Wohle der Tabakarbeiter wirken wird.

Im Rahmen dieser Ausführungen ist es natürlich ein Ding der Unmöglichkeit, alle auf dem Verbandstage gefaßten Beschlüsse zu würdigen. Hier kann es sich nur darum handeln, auf die Bedeutung der wichtigsten Beschlüsse hinzuweisen. Deshalb wäre es eine Unterlassungssünde, wenn nicht auch an dieser Stelle betont werden würde, daß der Verbandstag sich mit überwältigender Mehrheit für die Fortführung der Tarifvertragspolitik auf zentraler Grundlage ausgesprochen hat. Die Mängel, welche den Tarifen noch anhaften, müssen natürlich beseitigt werden, aber sie dürfen den Blick nicht trüben für das große Ganze, welches durch die Tarifverträge auf zentraler Grundlage erreicht worden ist. Die Tabakarbeiter wären schlechte Agitatoren, wenn sie ihre eigenen Erfolge verkleinern würden. Damit kann und soll aber nicht gesagt sein, daß nun nichts mehr zu tun übrig bleibt. Viel ist durch die gewerkschaftliche Arbeit schon erreicht worden, noch viel mehr kann und muß erreicht werden. Dazu ist aber notwendig, daß sich die Mitglieder immer und überall organisatorisch und agitatorisch betätigen. Besonders an die weiblichen Mitglieder muß die Aufforderung gerichtet werden, sich mehr als bisher an den Arbeiten der Organisation zu beteiligen und nichts unversucht zu lassen, was geeignet ist, ihr geistiges Rüstzeug zu vervollständigen. Nur so wird es möglich sein, vorwärts zu kommen.

Die Betrachtungen über den Verbandstag können aber nicht geschlossen werden, ohne die Bedeutung der Tatsache hervorzuheben, daß der Verbandstag nicht nur die inneren Einrichtungen der Organisation verstärkt und verbessert hat, sondern daß auch das Band, welches die deutschen Tabakarbeiter mit der Internationale, mit den ausländischen Bruderorganisationen verbindet, fester geknüpft worden ist. Zum erstenmal nach dem Kriege waren Vertreter der belgischen Organisation anwesend. Das gibt die Gewähr, daß die Tabakarbeiter aller Länder eng miteinander verbunden, allen Anstürmen des Unternehmertums standhalten und als endgültige Sieger aus dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit hervorgehen werden.

Christliche Demagogie.

Als eine „Bewegung der Gegensätze und Widersprüche" werden die freien Gewerkschaften in der „christlichen" Tabakarbeiter-Zeitung bezeichnet. Zum Beweise für ihre Behauptung bringt sie einen Artikel aus der Zeitung „Der Deutsche" über den Gewerkschaftskongreß in Leipzig" zum Abdruck. Daß auf diesem Meinungsverschiedenheiten vorgekommen sind, ist an sich kein Unglück. Es vergeht keine Tagung freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, wo nicht die Geister mehr oder weniger hart aufeinanderplatzen. Wir haben dies nie als ein Unglück angesehen, ebensowenig, daß man bei solchen Gelegenheiten die Worte nicht vorher auf eine Goldwage zu legen pflegt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß auf dem letzten Gewerkschaftskongreß alles wunderschön gewesen sei. Haben aber gerade die Christlichen Ursache, sich aufs hohe Pferd zu setzen? Sie haben in ihren Reihen auch schon genug Streitigkeiten gehabt, die zuweilen auch schon recht scharf waren und um so mehr auffallen mußten, als ihre Christlichkeit sie doch vor so etwas beschützen sollte. Und dabei können wir nur nach dem urteilen, was in die Oeffentlichkeit kommt. Wenn man bedenkt, daß in jenen Kreisen noch eine sehr geschickte Regie arbeitet, so muß man zu dem Schluß kommen, daß auch dort nicht alles so reibungslos hergeht, wie man es vor der Oeffentlichkeit hinstellen möchte.

Von Gegensätzen zwischen „Massen und Führern" ist in dem uns vorliegenden Artikel ebenfalls die Rede; nur hat man hier die Sache ins München-Gladbacherische umgebogen. Während man in den Angriffen von links die Sache so darzustellen versucht, als seien die „Führer" rückständige Bureaukraten, die den vorausgeeilten Massen nicht zu folgen vermöchten, behauptet der Verfasser des uns vorliegenden Artikels:

„Die Führer aber tun nur so, als ob sie noch gläubig wären. Ihr Handeln entspricht nicht mehr den sozialistischen Lebensgesetzen. Sie gewannen aus der Erfahrung heraus die Erkenntnis, daß die Sache der Arbeiter hoffnungslos erledigt ist, wenn die Arbeiterbewegung auf jenem Boden stehen bleibt. Die Politik der Führer geht so Wege, die mit der sozialistischen Theorie in Widerspruch stehen."

Mit „jenem Boden" ist der Marxismus gemeint. Der Verfasser meint also im Gegensatz zu den Angriffen von links, daß die Massen hinter den Führern zurückgeblieben seien. Beide Ansichten enthalten so viele Schiefheiten, daß wir sehr ausführlich werden müßten, wenn wir sie so zurechtrücken wollten, wie es eigentlich nötig wäre. Wir müssen uns hier leider auf Andeutungen beschränken. Auch fühlen wir uns nicht berufen, uns hier zum Vormund der Gewerkschaftsführer aufzuwerfen. Wenn der Verfasser aber in Bausch und Bogen behauptet, ihr Handeln entspreche „nicht mehr den sozialistischen Lebensgesetzen", ohne auch nur das geringste Beispiel anzuführen, worüber man dann noch weiter reden könnte, und wenn er dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behauptet, ihr „Spiel" sei „kein ehrliches", so ist das denn doch — um uns milde auszudrücken — eine starke Unverfrorenheit. Der Herr Verfasser mag nur sehen, daß seine Handlungsweise immer ebenso mit den christlichen Gesetzen übereinstimmt — besonders mit dem 8. Gebot —, wie die der „Führer" der freien Gewerkschaften mit den „sozialistischen Lebensgesetzen".

Daß es mit der Sozialisierung nicht schneller vorangeht, bedauern nicht zum wenigsten die Gewerkschaftsführer, die auf dem Boden des Sozialismus stehen. Sollen wir aber an dieser Stelle alles noch einmal auseinandersetzen, welche Hindernisse sich in dem verarmten, von den Reparationslasten zu Boden gedrückten Deutschland einer schnellen Durchführung der Sozialisierung entgegenstellen? Daß diese nicht aus den Augen verloren wird, dafür werden schon die sozialistischen Arbeiter Deutschlands sorgen.

Ferner macht der Verfasser noch einige Ausführungen über den Klassenkampf, die, wie es auf christlicher Seite üblich ist, den Zweck haben, seine Gefolgschaft vor dem Klassenkampf graulich zu machen. Er schließt diesen Teil folgendermaßen:

„Eine mehr als naive Zumutung war es seitens der Spitzenleitung der „freien" Gewerkschaften, die Programmsozialisten sollten glauben, die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft sei Klassenkampf."

Die Wahrheit ist, daß auf dem Gewerkschaftskongreß gesagt wurde, die Arbeitnehmervertreter, die in der Arbeitsgemeinschaft rückhaltlos und geschickt für die Sache der Arbeitnehmer einträten, könnten doch auf eine erfolgreichere Weise den Klassenkampf führen, als solche, die immerfort vom Klassenkampf reden. Und das ist unbestreitbar. Wie ist es ferner mit den christlichen Gewerkschaften? Ihre Führer entrüsten sich ja doch sehr, wenn man zu bezweifeln wagt, daß sie ehrlich das Wohl ihrer Mitgliedern fördern wollen. Es gibt ja auch Beispiele, daß die christlichen Gewerkschaften Seite an Seite mit den freien Verbänden im Kampf gestanden und treu ausgehalten haben. Mit Verlaub, Herr Verfasser! Das war Klassenkampf. Die christlichen Gewerkschaftsführer mögen das Wort fürchten so sehr wie sie wollen, in der Tat müssen sie den Klassenkampf führen, wenn sie für ihre Mitglieder ehrlich eintreten wollen.

Der Verfasser läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, hervorzuheben, ein Vertreter aus dem Saargebiet habe den Vorstand des ADGB. der bewußten Unwahrheit beschuldigt. Wenn jemand etwas sagt, ist damit auch gleich bewiesen, daß es wahr ist? Auf christlicher Seite „sagt" man bekanntlich auch mancherlei. Warum fügt der Verfasser nicht auch die Antwort hinzu, die der Vertreter aus dem Saargebiet erhielt? Seine Behauptung erfuhr scharfen Widerspruch. Wenn der Beweis nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit geführt werden konnte, so lag das teils an der vorgerückten Zeit. Der Kongreß sollte gerade geschlossen werden und die Mehrheit der Teilnehmer wollte keine längeren Debatten mehr anhören. Zum andern Teil mußte der Vorstand bei der Begründung seiner Stellungnahme Vorsicht walten lassen, wenn er seine Gewährsmänner nicht der Rache der jetzigen Machthaber im Saargebiet aussetzen wollte. Hätte der Kongreßteilnehmer, wie es sich gehörte, die Sache bei den Verhandlungen über den Vorstandsbericht angeschnitten, so hätte man gründlicher darüber reden können.

Bei seinen Bemerkungen über die Organisationsform kommt der Verfasser ebenfalls nicht um eine Verdrehung der Tatsachen herum. Er behauptet, der Kongreß habe den Bundesvorstand genötigt, „den Berufsgedanken totzuschlagen und den Klassengedanken noch zu verschärfen durch die Schaffung von Industrieverbänden". Wenn diese Worte einen Sinn haben sollen, so kann es doch nur der sein, daß in den Berufsverbänden der „Klassengedanke" weniger scharf zum Ausdruck komme als in den Industrieverbänden, oder, richtiger gesagt, daß die Berufsverbände den Klassenkampf weniger scharf führen. Eine solche Kennzeichnung werden sich die eifrigsten Vertreter der Berufsverbände sehr nachdrücklich verbitten. Auch den Vertretern der Industrieverbände ist es nicht eingefallen, ihren Gegnern in dieser Angelegenheit so etwas zu unterstellen; ebensosehr werden sie sich dagegen verwahren, daß sie durch ihre Stellungnahme den „Berufsgedanken totschlagen" wollen. Im übrigen mag der Herr Verfasser diese Sache getrost von den in Frage kommenden freien Gewerkschaften selber erledigen lassen. Wenn er die Frage nicht davon lassen kann, so mag er sich unter den christlichen Gewerkschaften umsehen. Sollen wir ihm auf die Sprünge helfen und ihm Beispiele von Grenzstreitigkeiten zwischen den christlichen Verbänden

mikrofilm service
Gerd Gutt KG
Otto-Hahn-Straße 21
Postfach 410249
4400 Münster-Roxel
A 3
A 2

der Metallarbeiter und der Bergarbeiter nachweisen?

Wir wollen mit dem Gesagten keineswegs behaupten, daß dem verflossenen Gewerkschaftskongreß keine Unvollkommenheit angehaftet hätte. Dem Urheber der zurückgewiesenen Angapfungen lag es aber nur daran, bei seinen Lesern die Ueberzeugung hervorzurufen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung „keine Hoffnung für die deutsche Arbeiterschaft" sei, und daß „der Leipziger Kongreß die deutschen Arbeitnehmer in der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen um Jahrzehnte zurückwerfen kann". Wenn der Verfasser dann noch die christlichen Gewerkschaften in empfehlende Erinnerung bringt, so mag noch kurz auf folgendes hingewiesen werden: Wenn für die deutsche Arbeiterschaft etwas erreicht wurde und wenn die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mit davon gehren dürfen, so können sie sich nicht zum mindesten bei den freien Gewerkschaften dafür bedanken, und wenn die deutsche Arbeiterschaft nur auf die christlichen Gewerkschaften angewiesen wäre, so könnte sie lange lauern, bis etwas für sie erreicht würde.

Bericht über die Verhandlungen des 18. Verbandstages.

Montag. Vormittagssitzung.

Klint (Köln): Im Laufe der gestrigen Diskussion hat es an praktischen Vorschlägen gefehlt, wie es besser gemacht werden kann. Die Organisation muß den kaufmännischen Geiste geleitet werden. Köln ist finanziell nicht genügend unterstützt worden. Nicht nur gute Beitragsleistung, sondern auch zur praktischen Mitarbeit müssen die Mitglieder erzogen werden. Wie dürfen uns nicht gegenseitig zerfleischen, sondern müssen, trotz verschiedener Meinung über den Weg, der zum Ziele führt, einig gegen den gemeinsamen Feind vorgehen.

Wenzel (Bremen, Vorstand): Wir haben in der Zigarrenherstellung 1920 18 429, Ende 1921 21 609 Heimarbeiter ermittelt, das sind 16,8 Prozent der Gesamterbeiterschaft dieser Industrie. Etwa 50 Prozent der Heimarbeiter sind im Bezirk Westfalen. Wir treten getreu unserer stets bekundeten Auffassung für das völlige Verbot der Heimarbeit ein. Zunächst muß die weitere Ausbreitung der Heimarbeit verhütet und die bestehende Heimarbeit möglichst eingeschränkt werden. Vorbedingung jedes Heimarbeiterschutzes ist die verbindliche Regelung der Lohnfrage. Der Vorstand wird auch in Zukunft der Heimarbeiterfrage größte Aufmerksamkeit schenken. Ueberweisen Sie deshalb den Antrag M. Krohenburg dem Vorstand als Material.

Becker (Leipzig) ist mit den Ausführungen Wengels einverstanden. In Leipzig sind gute Vorsichtsmaßnahmen der Besäßigung der Heimarbeit gemacht worden. Durch die Heimarbeit wird der Achtstundentag sabotiert. Die Schaffung einer Bezirkssekretärstelle im Leipziger Bezirk würde dazu beitragen, die Heimarbeit zu beseitigen.

Lechler (München): Eine andere Tätigkeit des Hauptvorstandes war nicht möglich. Ein Teil der Mitglieder hat es verstanden, sich von der richtigen Beitragsleistung zu drücken. Hier muß die Kleinarbeit einsetzen. Ausgesprochen muß auch werden, daß das mangelhafte Betriebsrätegesetz von den Arbeitern nicht ausgenützt wird. Redner empfiehlt den Antrag München, den das Süddeutschland zu teilen, damit besser im Interesse der Tabakarbeiter gewirkt werden kann.

Dahms (Bremen) bespricht die Verhandlungen, die über den § 91 stattgefunden haben.

Strauß (Offenburg): Eine zielbewußte Aufklärungsarbeit muß geleistet werden. Darin hat es in vielen Ortschaften gefehlt. Die Interessenpolitik ist leider immer noch sehr groß.

Gerloff (Dresden) polemisiert gegen Becker (Leipzig) und weist dessen Angriffe auf die Delegierten energisch zurück. Als Arbeitgeber handeln die radikalen Leipziger Kollegen ganz anders, als sie sonst reden. Das hatten sie bei der Besoldung ihrer Angestellten bewiesen.

Liebermann (Bremen, Vorstand) verteidigt die Haltung des Vorstandes in der Frage des § 91 des Tabakfeuergesetzes.

Friedrich (Nordstadt) kritisiert das Hinausschieben des Verhandlungstermines der Lohnverhandlungen in der Zigarrenindustrie. Unsere Vertreter müssen mit den Unternehmern Fraktur reden.

Husung (Bremen, Vorstand): Die Lohnverhandlungen finden nicht in der Arbeitsgemeinschaft statt. In dem Augenblick, wo wir auch der Arbeitsgemeinschaft treten, müssen wir auch auch den paritätischen zusammengesetzten Schiedsschaffen des Tabakgewerbes treten. Im Vertrauensausschuß und in der Außenhandelsstelle ist recht viel von unseren Vertretern getan. Allto kamte sich der Vorstand wegen Arbeitsüberhäufung nicht an der Agitation beteiligen; es sind aber viele Kollegen nach dem Krieg freigestellt worden. In Obrchaden u. Köln ist alles, was erforderlich war, geschehen. Notwendig ist aber, daß auch die Kollegenschaft selbst sich an der Agitation beteiligt.

Frau Wolf (Speyer): Die Kritik an der Geschäftsführung des Vorstandes ist recht häßlich ausgefallen. Der Vorstand hat seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Von ihm ist alles getan worden, um die weiblichen Mitglieder zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn nicht alles von den Männern getan wird, um die Frauen zur Organisationsarbeit heranzuziehen, wird es sich an den Männern bitter rächen. Durch die gegenseitige Zerfleischung in unseren Reihen ist die gegnerische Gewerkschaftsbewegung gestärkt worden. Mit dem Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft würden wir den gegnerischen Gewerkschaften einen Gefallen tun.

Trobst (Karlsruhe) spricht für den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Die Taktik des Vorstandes hätte eine ganz andere sein müssen, da die wirtschaftlichen Grundlagen andere geworden sind. Wir wollen den Klassenkampf bis auf's äußerste führen.

Wallermann (Stolzh): Die Unternehmer richten ihre Blicke nach Dresden, das sollten wir bei unseren Ausführungen beachten. Der Einheitswille nach außen muß gewahrt bleiben. Hätte der Organisationsgedanke unter den Tabakarbeitern früher Platz gegriffen, dann wäre manches anders geworden. Bis jetzt hat noch kein Redner den Beweis erbracht, daß die Arbeitsgemeinschaft schädlich ist.

Selpien (Hamburg): Die erfolgreich die Tätigkeit des Vorstandes war, beweist der große Mitgliederzuwachs. Die Umstellung des Organisationsapparates konnte mit der Entwickelung nicht gleichen Schritt halten. Wir müssen uns deshalb die Frage vorlegen, ob es nicht rationeller ist, statt der Gau- die Bezirkseinteilung einzuführen, weil die einzelnen Gaue zu groß sind. Auch die Zentrale muß verstärkt werden, um alle Arbeiten bewältigen zu können. Ebenso muß die Bildungsarbeit gefördert werden. Die Schulung der Betriebsräte dürfen wir nicht vernachlässigen. Redner spricht für das Verbleiben in der Reichsarbeitsgemeinschaft.

Schmidt (Osthersheim): In Mannheim sind die Stimmen bei der Wahl zum Gewerkschaftskongreß lassiert worden; dagegen müssen wir protestieren. Ebenso müssen wir uns gegen die Erhebung von Gaubeiträgen wenden. Sind höhere Beiträge notwendig, dann sollen sie durch die Zentrale erhoben werden. Die Zahlstelle Mannheim ist von der Zentralisierung nicht immer informiert worden.

Husung (Bremen) stellt fest, daß die Kassierung der Mannheimer Stimmen nicht vom Vorstande, sondern von der Wahlkreisprüfungskommission ausgesprochen worden ist.

Rottwilm (Mönchenbach): Nach Lage der Sache hat der Vorstand getan, was getan werden konnte. Eine Konferenz der Heimarbeiter in Westfalen hat sich für ein völliges Verbot der Heimarbeit ausgesprochen. Ebenso sollte sich auch der Verbandstag entschließen. Wenn wir nicht die notwendigen Beiträge zahlen, können wir auch keine beschäftigenden Erfolge erwarten. Aufklärung ist dringend nötig, besonders auch bei den Betriebsräten. Redner tritt wärmer für Bestehlen in der Arbeitsgemeinschaft ein.

Missoll (Bremen) bemerkt, daß unsere ganze Wirtschaft ist abhängig von der gesamten Weltwirtschaft. Diese ist durch den Krieg vollständig auseinandergerissen worden. Wir haben in Europa allein 27 neue Staaten bekommen. Neue Zölle und Währungen erschweren den Weltverkehr. Durch den Krieg waren die Länder von ihren bisherigen Lieferanten abgeschnitten. Die ersparten Rohstoffe konnten nicht abgesetzt werden. Dadurch mußten in den Ländern völlig neue Industrien entstehen. Dazu kommt die ungeheure Kriegsschuldenlast. Die Nachkriegszeit ist eine Arbeitslosigkeit von 10 Millionen Arbeitern. Dazu ist der Mittelstand, trotz Abrüstung bei uns, um eine Million Mann gestiegen. Es fehlen also 11 Millionen Menschen, die arbeiten können und wollen; ein Verlust von 100 Milliarden Goldmark ist dadurch zu verzeichnen. Wir werden unsere Produktion nicht absetzen können. Mit dem Steigen der Mark wird unsere Wettbewerbsfähigkeit erschwert. Unsere Produktion in Schokolade, Bitteren usw. ist gestiegen, aber können wir es ertragen, wenn lebensnotwendigere Produktionen noch nicht die dringend nötige Höhe erreicht haben? Eine Umstellung der Produktion wird bei der Stabilisierung der Mark erfolgen müssen. Dabei dürfen die Arbeiter nicht abseits stehen. Glauben Sie denn, es ist kein Klassenkampf, wenn die Arbeiter ihre Interessen in gemeinsamen Verhandlungen mit den Arbeitgebern vertreten? Der Arbeitervertreter, der nicht imstande ist, am grünen Tisch mit den Unternehmern die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ist überhaupt kein Arbeitervertreter. Bei der Umstellung der Produktion werden gerade die Lokalarbeiter ihre Interessen dringend zu vertreten haben. Geben Sie keine Position auf, die die Gewerkschaften noch dringend brauchen werden.

Gelbke (Frankenberg): Ich habe eine Erklärung des Vorstandes vermißt, warum er sich über Verbandstagsbeschlüsse dort. Wahl eines Delegierten auf je 750 Mitglieder und Abhaltung des Verbandstages alle zwei Jahre hinweggesetzt hat. Der Vorstand hat sich ebenso wie die Mitglieder an die Verbandstagsbeschlüsse zu halten. Urabstimmung lehnen wir ab.

Appelt (Finsterwalde) spricht zur Urabstimmung, Tabaksteuerunterstützung, Beitragserhöhung und Arbeitsgemeinschaft.

Groß (Stuttgart): Die Ausführungen des Genossen Wissel werden gewiß ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Daß der Vorstand nicht zeitig genug und mit den notwendigen hohen Beitragserhöhungen hervorgetreten sei, ist nicht seine Schuld, sondern es waren die Verhältnisse zu berücksichtigen. Wenn die Zahl der Delegierten durch die Wahlkreiseinteilung herabgedrückt worden ist, muß dies angesichts der enormen Kosten, die dadurch gespart worden, begrüßt werden.

Ein von **Behmeyer** (Engen) gestellter Schlußantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen von **Klink** (Köln), **Becker** (Leipzig), **Gerloff** (Dresden), **Deichmann** (Bremen) und **Probst** (Karlsruhe). **Wieber** (Friesenheim) gibt eine sachliche Richtigstellung. Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittagssitzung.

Deichmann (Bremen, Schlußwort): Die Kritik ist sehr mangelhaft ausgefallen. Wenn weiter nichts zu kritisieren war, dann muß unsere Tätigkeit doch ganz nett gewesen sein. Heute haben wir mit nur geringen Quanten von eingeführten Tabakfabrikaten zu rechnen, dagegen haben wir mit einer Ausfuhr von 18 bis 20 Prozent der Produktion nach dem Ausland zu rechnen. Schon wegen unserer Tätigkeit in den Außenhandelsstellen bitte ich darum, die Anträge auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft abzulehnen. Wir werden erleben, daß manche Beschlüsse bald überholt sind. Dieser Verbandstag wird ungefähr Dreiviertel Millionen kosten, deshalb die Beschlüsse des Vorstandes bezüglich der Delegation zum Verbandstage. Die Fühlung mit der Kollegenschaft ist nicht verloren gegangen. Für die Folge muß noch mehr als bisher getan werden, um unsere Organisation vorwärtszubringen. Wir müssen dazu kommen, daß die Vorstandsmitglieder mehr auf Agitation gehen können. Dazu müssen wir unsere Verbandseinrichtungen ausbauen. Würde der Versuch gemacht werden, durch Zellenbildung der Organisation Schaden zuzufügen, dann werden wir rücksichtslos zugreifen. Wir sollen uns nicht die Möglichkeit nehmen, das Ringen um die Besserstellung der Arbeiterklasse auch in der Arbeitsgemeinschaft zu führen. Bei Lohnbewegungen hat die Arbeitsgemeinschaft nicht hemmend, sondern fördernd gewirkt. In der Bildungsfrage wird der Vorstand im Sinne der Ausführungen Eppes wirken, natürlich mit der nötigen Vorsicht. Alles, was in der Frage des § 91 getan werden konnte, ist getan worden. Kein Delegierter hat den Versuch gemacht, für die Lohnbewegungen eine bessere Taktik vorzuschlagen. In der Lohnfrage sind bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Eine in Dresden aufgenommene Statistik zeigt uns, daß die Verdienste in den einzelnen Orten sehr unterschiedlich sind. Durch einen Sozialplan würden wir den Fabrikanten das Geschäft erleichtern, die letzten Männer aus der Industrie zu verdrängen. Auch bei den Löhnen in den anderen Industrien ist nicht alles Gold, was glänzt. Wir dürfen die Abstimmungen in unserer Organisation nicht mit politischen Abstimmungen vergleichen. Redner spricht dann zu den einzelnen Anträgen und präzisiert hierzu seine Stellungnahme.

Dem Gesamtvorstande wird gegen die Stimme des Kollegen **Becker** (Leipzig) Entlastung erteilt. Mit demselben Stimmenverhältnis wird der Leipziger Antrag, dem Vorstande wegen seiner Einstellung zur Tabaksteuerfrage und zum § 91 ein Mißtrauensvotum auszusprechen, abgelehnt. Die Anträge, die sich auf die Urabstimmung beziehen, werden der Statutenberatungskommission überwiesen. Dem Vorstand überwiesen werden die Anträge zur Tabaksteuer, zum § 91, die Resolution Herzberg und Osterode am Harz, und die Anträge, die sich auf die Gemeinteilung und die Anstellung von Verbandsbeamten beziehen. Die Ueberweisungen erfolgen einstimmig. Mit einer sehr großen Mehrheit abgelehnt werden die Anträge, die den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft fordern und eine Einwirkung auf das Vorzugsbandenblatt im Sinne des Klassenkampfes verlangen.

Im Auftrage der Wahlprüfungskommission berichtet **Plaßmeier** (Osnabrück): Es sind zwei Proteste eingegangen. Ueber einen gegen die Wahl des Kollegen Berg eingegangenen Protest ist die Kommission zur Tagesordnung übergegangen. Ueber die Wahl von Berghold (Zeitz) soll das Plenum entscheiden. Anwesend sind 119 Delegierte, 7 Vorstandsmitglieder, 1 Redakteur, der Ausschußvorsitzende und 13 Gauleiter. Festgestellt ist, daß mehrere Delegierte nicht der vorgeschriebenen Beitragsklasse angehören. Das muß entschieden beurteilt werden. 15 Delegierte haben kein Mitgliedsbuch mitgebracht.

Alle Mandate werden nach einer kurzen Auseinandersetzung einstimmig für gültig erklärt. Sodann wird beschlossen, Punkt 4 der Tagesordnung,

Anträge zum Statut usw.,

vorwegzunehmen.

Krohn (Bremen): Mit den Kassenverhältnissen unseres Verbandes steht es sehr schlecht aus. Soll der Verband seinen Hauptzweck, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu betreiben, wirklich erfüllen, dann müssen vor allem die Finanzen des Verbandes gestärkt werden. Es ist nicht richtig, daß wir zur Streik- und Lohnbewegungen keine großen Summen auszugeben brauchen. Die Lohnbewegungen kosten uns heute ganz enorme Summen. Unsere heutigen Beiträge entsprechen längst nicht mehr den Beiträgen der Vorkriegszeit. Sie entsprechen auch nicht den gegenwärtigen Löhnen. Wir zahlten noch bis zum 2. Quartal 1922 etwa den fünffachen Beitrag wie vor dem Kriege. Die Mitglieder drücken sich bei jeder Beitragserhöhung in eine niedrige Klasse. Dadurch gehen dem Verbande große Summen verloren. Es sind ja viele Anträge gestellt, die einen Beitrag von einem Stundenlohn erheben wollen. Angesichts der Akkordarbeit in unserm Berufe ist diese Durchführung ohne weiteres nicht möglich. Aber in der Höhe eines Stundenlohnes müssen wir den Beitrag haben. Ueber sechs Beitragsklassen dürfen wir im Interesse einer geordneten Verwaltungsarbeit nicht hinausgehen. Viele Anträge lassen darauf schließen, daß die Antragsteller mit dem Finanzwesen unseres Verbandes nicht vertraut sind. Der „Tabak-Arbeiter" wird uns in diesem Jahre dreieinhalb Millionen Mark kosten, so daß wir an eine Erweiterung nicht denken können. Wir müßten noch ganz anders in den Beutel greifen, wenn wir allen Anträgen Rechnung tragen wollten. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung wird aus den bekannten Gründen größer werden. Beachten müssen wir, daß die persönlichen Verwaltungskosten geringer geworden sind. Gestärkt werden muß auch die Frage, ob die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in gleicher Höhe gezahlt werden sollen. Selbstverständlich muß auch das Eintrittsgeld erhöht werden. Wir dürfen nicht wagen, die Erwerbslosenunterstützung gänzlich aufzuheben, bevor ist bis jetzt noch nicht gekommen. Gegen die Beseitigung der Umzugsunterstützung werden wir uns nicht wenden. Bei Streik und Maßregelung muß sie natürlich gezahlt werden. Aus finanziellen Gründen können wir auch nicht die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung" an alle unsere weiblichen Mitglieder liefern. Ganz unmöglich ist es, einen einheitlichen Lokalbeitrag vorzuschreiben. Es gibt noch viele Zahlstellen, die keinen Lokalbeitrag erheben. Im Prinzip sind wir uns über die Schaffung eines Verbandsbeirates einig. Er ist unter den heutigen Verhältnissen eine zwingende Notwendigkeit. Aus finanziellen Gründen ist eine Beschränkung der Delegiertenzahl notwendig. Die Wahlen können in einer Woche vorgenommen werden.

Mittwoch. Vormittagssitzung.

Alle Anträge zum Statut usw. werden genügend unterstützt.

Berghold (Zeitz) ersucht, alle Nebensächlichkeiten auszuschalten. Es muß wirtschaftliche Arbeit geleistet werden. Redner weist darauf hin, auf welche Dinge es in der Hauptsache ankommt.

Arnbrust (Berlin): Die uns bevorstehenden Kämpfe zwingen uns, die Mittel des Verbandes zu stärken. Wir müssen den Stundenlohn als Wochenbeitrag zugrunde legen. Mindestens alle sechs Klassen sollten wir nicht schaffen. Die Erwerbslosenunterstützung sollte bestehen oder recht niedrig gehalten werden. Im letzten Falle müssen die Unterstützungsempfänger beitragsfrei bleiben. 50 ℳ Wochenbeitrag ist nicht zu hoch gegriffen. Der Lokalbeitrag muß gleich mit einkalkuliert werden. Wegen Reste gestrichene Mitglieder müssen ein erhöhtes Eintrittsgeld zahlen. Mit der Schaffung des Verbandsbeirates ist Redner einverstanden.

Selpien (Hamburg): Wir betrachten diesen Punkt als den wichtigsten. Das Statut muß so gestaltet werden, daß allen Anforderungen Rechnung getragen werden kann. Wenn der Ruf nach der Kampforganisation kein leerer Schall bleiben soll, müssen dem Verbande auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen jetzt Beitragsklassen haben, um allen Verdienstunterschieden Rechnung tragen zu können. Es könnte dann den einzelnen Bezirken freigestellt bleiben, sich die für ihren Bezirk maßgebenden Klassen auszusuchen. Aus agitatorischen Gründen sollten wir die Erwerbslosenunterstützung nicht aufgeben. Wir laufen sonst Gefahr, die Fühlung mit den arbeitslosen und kranken Mitgliedern zu verlieren. Den Zahlstellen mit Ortsbeamten müssen höhere Zuschüsse gewährt werden.

Meier (Nordhausen): Die jetzige Beitragsskaffelung entspricht durchaus nicht mehr den Verdienstunterschieden und hat zu unhaltbaren Zuständen geführt. Die Erwerbslosenunterstützung kann mit Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder und die andern Organisationen nicht so ohne weiteres aufgegeben werden. Wir müssen die Beitragsstaffelung progressiver gestalten. Mit 12½ Prozent können die Zahlstellen mit Ortsbeamten auskommen. Sollte dieser Zuschuß nicht ausreichen, dann müssen die Lokalbeiträge erhöht werden. Redner zieht den Antrag zurück, die Besoldung der Ortsbeamten auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Beier (Winklingen): Auch wir in Oberbaden sind der Ueberzeugung, daß der Verband gestärkt werden muß, wenn wir in Zukunft Kämpfe führen wollen. Wenn wir die Krankenunterstützung abschaffen, werden uns viele Mitglieder verloren gehen.

Richter (Wallendar) ist der Meinung, daß die vom Vorstande vorgeschlagenen Beiträge noch nicht ausreichen. Die Erwerbslosenunterstützung müssen wir beseitigen. Für die Lokalkassen reichen 10 Prozent nicht aus. Im Falle des Kampfes muß die Streikunterstützung die Hälfte des Verdienstes betragen. Dementsprechend müssen auch die Beiträge festgesetzt werden.

Klink (Köln): Unbedingt notwendig ist eine höhere Beitragsleistung; darüber sollte eigentlich eine Diskussion überflüssig sein. Die Krankenunterstützung muß in Wegfall kommen. Bei der Streikunterstützung erscheint mir der 20- bis 25fache Wochenbeitrag erforderlich. Den Zahlstellen mit Ortsbeamten müssen 20 Prozent gelassen werden, dabei darf es keinen Unterschied geben, ebenso muß eine bessere Bezahlung der Angestellten stattfinden.

Becker (Leipzig) tritt für Beseitigung der Krankenunterstützung ein. Nicht mit der Krankenunterstützung, sondern mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen wir Agitation treiben. Den Antrag auf drei Beitragsklassen zieh ich zurück. Für die Zahlstellen mit Ortsbeamten genügen 12½ % nicht. Redner empfiehlt die Anträge, wonach den Zahlstellen größere Rechte bei der Genehmigung von Streiks, beim Ausschluß von Mitgliedern und bei der Aufnahme von Mitgliedern eingeräumt werden.

Hudalla (Dresden): Wenn der Verbandstag bei diesem Punkte versagt, dann hat das Unternehmertum in der Tabakindustrie gewonnen. Wir müssen uns davon befreien, allzuviel Klassen zu schaffen; sechs Klassen dürfen nicht überschritten werden. Mit niedrigen Beiträgen können wir keine Agitation treiben, das hat die Vergangenheit bewiesen. Erst muß gefäst werden, dann können wir auch ernten. Fort mit dem Ballast der Krankenunterstützung! Die Schaffung eines Beirates befürworten wir.

Kretschmar (Hockenheim) wendet sich gegen einen Antrag Altenburg, der nur im Beruf tätige Mitglieder zur Verbandstagsdelegation zulassen will. Nicht die Einstellung, sondern die gewerkschaftliche Zuverlässigkeit muß maßgebend sein. Die Erwerbslosenunterstützung darf nicht erhöht werden. Wir sind dafür, daß die Angestellten sich alle Jahre zur Wahl stellen müssen.

Knauz (Großhausen): Ein Wochenverdienst von 1000 ℳ ist in unserm Bezirk wie ein weißer Rabe. Wer einen hohen Verdienst hat, kann auch prozentual höhere Beiträge leisten. Die Streikunterstützung muß erhöht werden.

Fischer (Frankenberg): Eine Beitragserhöhung halten wir für nötig, aber bei nur 6 Klassen ist es schwer möglich, die Stundenlöhne als Beitrag zu erfassen. Die Erhöhung der Streikunterstützung ist notwendig. Die Abschaffung der Krankenunterstützung wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sein. Die Ortsbeamten müssen von der Hauptkasse bezahlt werden.

Tiedermann (Bremen, Vorstand): Daß über die Aufnahme der Mitglieder nur die einzelnen Zahlstellen entscheiden sollen, muß entschieden bekämpft werden. Auch der Antrag Leipzig, der den Zahlstellen das Recht des Ausschlusses geben will, kann nicht angenommen werden. Die Praxis hat gezeigt, daß oft recht belanglose Dinge als Gründe für den Ausschluß von Mitgliedern ins Feld geführt werden. Auf der andern Seite muß verhindert werden, daß Schädlinge der Arbeiterbewegung aus Nachbarortsbezirken in den Zahlstellen aufgenommen werden, deshalb muß der Vorstand das Einspruchsrecht haben.

Degener (Eisenberg) ist für den Stundenlohn als Beitrag. Die Festsetzung des Lokalbeitrages müssen wir den Zahlstellen überlassen.

Fäcke (Chlau) bittet darum, die Erwerbslosenunterstützung nicht zu beseitigen und die Beitragsbefreiung beim Unterstützungsbezug zu beschließen.

Bergholz (Zeitz): Im Hinblick auf die in Weimar stattfindenden Lohnverhandlungen müssen wir unsere Beschlüsse fassen. Dem Vorstande muß ein Einspruchsrecht bei Aufnahmen gesichert werden. Ebenso dürfen wir den Ausgeschlossenen das Recht nicht nehmen, sich an eine höhere Instanz zu wenden. Redner nimmt dann zu verschiedenen Anträgen Stellung und wendet sich gegen die Bezahlung der Ortsangestellten durch die Hauptkasse.

Thomeier (Heilbronn) ist für Beitragserhöhung. Unser sechs Klassen dürfen wir nicht hinaufgehen. Diese müssen zwischen 5 und 30 ℳ gestaffelt werden. Extrabeiträge in den Gauen sollen nicht mehr erhoben werden. Für den Verbandsbeirat sollten wir uns unter allen Umständen entscheiden.

Wieber (Friesenheim): Wir müssen unsere Verbandsfinanzen so einrichten, daß wir den uns von den Unternehmern hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen können. Durch die Schmutzkonkurrenz der Christen sollten wir uns nicht abhalten lassen, das zu tun, was notwendig ist.

Ebe (Frankfurt a. M.): Bei der Erwerbslosenunterstützung müssen wir auf die Verhältnisse in den ländlichen Bezirken Rücksicht nehmen, deshalb können wir die Unterstützungseinrichtungen nicht in die Ecke stellen, sondern müssen sie abbauen. Dafür müssen wir die Streikunterstützung aufbauen. Der materielle Untergrund für die Durchführung des Kampfes muß von uns geschaffen werden. Wir müssen den Mut haben, auch einmal unpopulär zu sein, deshalb muß den Ausgeschlossenen das Einspruchsrecht bleiben. Unter keinen Umständen dürfen wir die Angestellten der Arbeiterbewegung in der Frage der Delegation zu Mitgliedern zweiter Klasse machen.

Pezipersenski (Breslau): Es wäre verfehlt, die Erwerbslosenunterstützung zu beseitigen. Eine erhebliche Beitragserhöhung liegt im Interesse der Mitglieder.

Neupert (Gera): Der Verband muß leben und dementsprechend müssen wir die Beiträge, besonders in den höheren Klassen, festsetzen. Die Krankenunterstützung ist eine optische Täuschung und deshalb müssen wir sie beseitigen und die Arbeitslosenunterstützung erhöhen.

Deichmann (Bremen) empfiehlt, alle Anregungen und Anträge der Statutenberatungskommission zu überweisen. Zu unserer Freude muß festgestellt werden, daß in der Frage der Beitragserhöhung keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die andern Organisationen der Tabakarbeiter sind bereit, auch ihre Beiträge zu erhöhen. Deshalb gend bitten möchte ich, die Erwerbslosenunterstützung nicht zu beseitigen, sondern zu reformieren. Selbstverständlich dürfen diese Einrichtungen nicht übertrieben, die Hauptkasse muß die Streikunterstützung sein und bleiben. Die Gauleiter müssen frei stehen, sie müssen unabhängig sein und dürfen deshalb nicht periodisch zur Wahl gestellt werden. Anders ist es mit den Vorstandsmitgliedern und Ortsangestellten. Diese müssen vom Vertrauen der Mitglieder getragen werden und sich des

A 2 A 3 A 4 A 5

halb von Zeit zu Zeit zur Wahl stellen. Notwendig ist doch eine brauchbare Lösung der Entlohnung unserer Angestellten. Uns fehlen noch viele tüchtige Kräfte, deshalb sollten wir sie heranziehen und nicht abstoßen.

Böhmeier (Enger): Die Politik des Durchschlängelns muß vorbei sein, deshalb müssen wir die Beiträge erhöhen. Redner ist für zehn Beitragsklassen; die Mitglieder mit höheren Verdiensten müssen wir mehr als vorgeschlagen zur Beitragsleistung heranziehen. Ebenso müssen wir die Eintrittsgelder und die Bezahlung der verlorengegangenen Mitgliedsbücher höher festsetzen.

Frau Reiling (Lumbertheim): Wir müssen unsern Mitgliedern Stellung tragen. Deshalb darf die Arbeitslosenunterstützung nicht beseitigt werden. Dasselbe gilt für die Krankenunterstützung. Wenn den Unterstützungsempfängern die Beiträge erlassen werden, verlieren wir die Fühlung mit diesen Mitgliedern.

Hemmerich (Würzburg): In den kleineren Zahlstellen müssen wir einen andern Maßstab anlegen. Wir dürfen deshalb nicht gleichzeitig die Beiträge erhöhen und die Erwerbslosenunterstützung streichen. Man sollte den Gauen das Recht einräumen, Extrabeiträge zu erheben, um in den größeren Gauen bessere Einrichtungen schaffen zu können.

Nachmittagssitzung.

Hübner (Berlin) wendet sich gegen den Altenburger Antrag betr. Delegation der Angestellten. Es erscheint uns nicht mehr angängig, den Vorstand mit den Unterstützungseinrichtungen zu belasten. Soll sie beibehalten werden, dann müssen wir noch weit mehr Beiträge zahlen, als vorgeschlagen sind. Redner empfiehlt ein Eintrittsgeld von mindestens 20 ℳ.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Alle vorliegenden Anträge werden der Statutenberatungskommission überwiesen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Unsere Lohnbewegungen

werden alle Anträge als genügend unterstützt bezeichnet und erhält das Wort der Referent

Husung (Bremen): Auf dem Bremer Verbandstage herrschte die einmütige Auffassung, Reichstarifverträge abzuschließen. Die Kollegenschaft in der Zigarettenindustrie hielt es noch nicht für zweckmäßig, die Löhne zentral zu regeln; in dem Tarif ist aber eine Bestimmung enthalten, die einer zentralen Lohnregulierung die Wege ebnet. Redner erläutert dann die einzelnen Abschnitte und Bestimmungen des Tarifvertrages in der Zigarettenindustrie. Durch das allen gewerkschaftlichen Grundsätzen hohnsprechende Verhalten der Maschinenführer an mehreren Orten ist vielfach Schaden angerichtet worden. Es ist in der Zigarettenindustrie gelungen, die Löhne der verschiedenen Orte einander näherzubringen, doch gibt es auch hier noch Orte, die zurückgeblieben sind. In der Kautabakindustrie wurde der erste Reichstarifvertrag mit zentraler Lohnregelung abgeschlossen. Die erste Fassung ist bis auf den heutigen Tag beibehalten worden, was wohl dafür spricht, daß so allgemein das Richtige getroffen worden ist. Durch ein Zerwürfnis im Arbeitgeberlager besteht die Gefahr, daß der Tarifvertrag in die Brüche geht, wenn die Arbeiter nicht auf dem Posten sind. Unsere Stellungnahme in der Soziallohnfrage ist bekannt. In der Rauch- und Schnupftabakindustrie gestalten sich die Verhandlungen verhältnismäßig leicht, weil es sich in der Hauptsache um Zeitlohnarbeiter handelt. Auch hier handelt es sich um einen Tarif für das ganze Reich mit zentraler Lohnregulierung. In der Rohtabakindustrie Süddeutschlands sind Ortstarife abgeschlossen worden. Im Sinne der Bremer Verbandstagsbeschlüsse haben wir die Tarifverhandlungen in der Zigarrenindustrie nicht ohne Erfolg geführt. Ein Tarif in der Zigarrenindustrie ohne Lohnbestimmungen wäre ein Messer ohne Klinge. Redner berichtet dann über die verschiedenen Verhandlungen und Abschlüsse, die in der Zigarrenindustrie stattgefunden haben. Wegen der verschiedenartigen Verhältnisse konnte es sich anfangs nur darum handeln, einen Rohbau fertigzustellen. Bei den Bezirkstarifabschlüssen ist es dann zu den verschiedenartigsten Verhältnissen gekommen, so daß wir uns darüber einig wurden, daß es so nicht weitergehen könne. Es mußte Ordnung in die ganze Entlohnung gebracht werden. Wenn wir zentrale Lohnvereinbarungen treffen, können wir uns nicht dauernd mit Ausgleichszulagen beschäftigen. Durch unsere zentrale Lohnregulierung haben wir erreicht, daß die Fabrikanten an der Fabrikationsverlegung kein so großes Interesse mehr haben als früher. Durch die Regelung der Sortiererlöhne haben wir eine gute Grundlage für die Zukunft geschaffen. Wir müssen versuchen, die sechswöchige Kündigungsfrist auf eine kürzere Frist herabzudrücken. Was haben wir nun erreicht? Stimmen, die jahrzehntelang begangen worden sind, lassen sich nicht auf einmal beseitigen. Ich rede nicht davon, daß die Lohnzulagen ausreichend sind, aber anerkannt muß werden, daß Nennenswertes erreicht und gesichert worden ist. Die Lohnunterschiede sind auf 32 Prozent zusammengedrückt worden. Redner gibt dann einige Zahlen, die Vergleichsmöglichkeiten mit den Löhnen anderer Industrien ermöglichen. Die Anträge, die darauf hinauslaufen, regional Lohnvereinbarungen zu treffen, müssen im Interesse der Tabakarbeiter abgelehnt werden. Die Tarife und Vereinbarungen durch Urabstimmung genehmigen zu lassen, würde zur Folge haben, daß die Auszahlung der neuen Löhne hinausgeschoben würde. Es wird so leicht nicht durchzuführen sein, einheitliche Löhne für alle in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erzielen. Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Zeit vor Augen führen, dann kommen wir zu der Ueberzeugung, daß es in Zukunft wohl nicht immer zu einer friedlichen Verständigung kommen wird. Notwendig ist deshalb, unsere Kasse zu stärken, die Mitglieder zu schulen und die Nicht- und Falschorganisierten zu uns heranzuziehen. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, werden wir alle Ansturme des Unternehmertums abwehren können.

Pließmeier (Osnabrück): In Bad Rauheim hätte ebenso gehandelt werden müssen wie in Eisenach, das wäre für die Tabakarbeiter besser gewesen. In Osnabrück sind noch Löhne von 300 ℳ zu vergleichen. Der letzte Reichstarif ist bedeutend schlechter geworden als der vorherige. Für die Sortierer ist eine Verschlechterung eingetreten. Gegenüber den andern Arbeitern sind wir mit unsern Löhnen zurückgeblieben, deshalb fort mit dem Reichstarif und her mit der bezirklichen Regelung. Redner nimmt dann zu den einzelnen Anträgen Stellung.

Rembeutl (Berlin) ist für die Beibehaltung der Reichstarife. Wegen der Verschleppungspolitik der Fabrikanten hätte der Vorstand die Mitglieder aufrufen müssen, ebenso gegen die Beibehaltung der sechswöchigen Kündigungsfrist. Bei der 45stündigen Arbeitszeit hat der Vorstand in Muskau nicht richtig gehandelt. Die sich solidarisch erklärende Berliner Kollegenschaft hätte unterrichtet werden müssen. Auch bei dem Danziger Zigarettenarbeiterstreik hat der Gauleiter die Kollegenschaft nicht informiert.

Grzeckiewicz (Trier): Die Verhandlungen in Bad Rauheim sind gescheitert, weil die Arbeitgeber den Tarif beseitigen wollten. Wir müssen unsere Kräfte konzentrieren. Die Waffen des Gegners müssen erkrachet und dementsprechend müssen wir unser Verhalten einrichten. Wir müssen unser Schwert schleifen, um Kämpfe erfolgreich durchführen zu können. Dazu gehört eine reichstarifliche Regelung. Die Lohnbestimmungen des Reichstarifvertrages müssen zu jeder Zeit geändert werden können.

Klint (Köln): Wenn die Zigarrenarbeiter sich über ihre Lage beschweren, so soll nicht vergessen werden, daß früher das Organisationsverhältnis ein schlechtes war. Man kann nicht auf einmal vom Keller auf Dach steigen, man muß durch die Etagen. Die Ferienbestimmungen in der Rauchtabakindustrie müssen klarer gefaßt werden.

Herrmann (Schenkenheim): Wir wenden uns in Oberbaden gegen die Beseitigung des Reichstarifvertrages. Nur die Einigkeit macht stark.

Baumhardt (Elbing) begründet den Elbinger Antrag auf Beseitigung der Prämien. Deren schädliche Wirkungen sind allgemein bekannt. Besonders in Nordost spielt diese Frage eine große Rolle. Bei der zentralen Lohnregulierung muß es unter allen Umständen bleiben.

Becker (Leipzig) verliest eine Versammlungseinladung der Reichsexekution. Diese Organisation bemüht sich, die Tabakarbeiterbewegung zu zerreißen. Das werden wir zu verhindern wissen. Den Antrag Leipzig auf Urabstimmung über Lohnvereinbarungen ziehe ich zurück. In der Ferienfrage ist eine Verschlechterung eingetreten. 578 ℳ verdient in Leipzig ein Tabakarbeiter, der 2000 Stück von der geringsten Sorte macht. Wegen der Transportkosten und Kampagnen haben die Unternehmer kein Interesse mehr an der Verlegung der Fabrikation. Die sechswöchige Kündigungsfrist ist unter allen Umständen zu beseitigen.

Windisch (Heidelberg): Ich möchte manchem Kollegen [illegible] sagen, daß er an den Verhandlungen teilnehmen könnte, er käme [illegible] über die Fabrikanten zu einem andern Ergebnis und würde nicht immer auf die Verbandsleitung schimpfen. Die Zigarrenarbeiter müssen sich mehr entsprechen und ihr Recht fordern.

Thymeier (Heilbronn): Bis in den letzten Winter konnten wir mit den Vereinbarungen zufrieden sein, dann ging es bergab, infolge der sechswöchigen Kündigungsfrist. Diese muß unter allen Umständen beseitigt werden. Bad Rauheim hat uns gezeigt, was wir von den Unternehmern zu erwarten haben. Wir Tabakarbeiter stehen mit unsern Löhnen weit hinter den andern Arbeitern. Unser Weg soll es sein, gemeinsam mit den Vorstunden vorwärtszukommen. Redner zieht die Heilbronner Anträge zurück.

Hemmerich (Würzburg): Auf die Beseitigung der sechswöchigen Kündigungsfrist müssen wir hinwirken. Die Tabakarbeiterschaft bringt leider unter sich nicht die notwendige Einigkeit und Stoßkraft auf. Redner ist gegen die Beseitigung der reichstariflichen Lohnregulierung. Im Tarife muß auch die Lohnfrage geregelt werden.

Kirchner (Wallendar) kann sich nicht dafür erwärmen, von der zentralen Tarifvertragspolitik abzulassen. Ein solcher Versuch müßte sicher zum Schaden der Tabakarbeiter ausfallen. Die Löhne der männlichen Zigarrenarbeiter stehen zurück. Der Zigarrenmacher steht auf dem Aussterbetakt.

Peschel (Dresden): Bei der Einreichung der Lohnforderungen sind günstige Momente verpaßt worden. Teilweise sind die Kollegen selber schuld. Bis jetzt waren die Unternehmer immer die stärkeren. Es rächt sich eben die niedrige Beitragsfestsetzung auf den früheren Verbandstagen. Der Tarifvertrag muß beweglicher werden. Sorgen Sie dafür, daß die Sortierer zu ihrem Rechte kommen. Wir müssen unsere Organisation stärken.

Kalbaute (Hannob.-Münden): Wir müssen von Etappe zu Etappe weiterschreiten, um dem hartnäckigen Unternehmertum entgegenwirken zu können. Wir sind mit unsern Löhnen zurückgeblieben und deshalb müssen wir schneller zu Lohnverhandlungen kommen. Unsere Kollegen lesen leider nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit den „Tabak-Arbeiter".

Espe (Frankfurt a. M.): Die Zahlen Husungs haben das Gegenteil von dem bewiesen, was ist, weil inzwischen in den andern Industrien die Löhne aufgebessert worden sind. Sehr oft können günstige Situationen wegen der zentralen Lohnvereinbarungen nicht ausgenutzt werden, deshalb muß den einzelnen Bezirken mehr Bewegungsfreiheit gelassen werden. Durch den Beschluß bezüglich der Arbeitsgemeinschaft hat der Verbandstag sich den Weg zum Kampf verperrt.

Kneuz (Westhausen): Wir haben das Gefühl, daß man für uns hätte mehr tun können. Bei den jetzigen Löhnen, wird bald der letzte Zigarrenmacher aus der Industrie verschwinden. Unter keinen Umständen dürfen langfristige Tarife abgeschlossen werden.

Schnell (Frankfurt a. M.): Es ist nicht richtig, daß die Zigarrenarbeiter selbst an ihrer traurigen Lage schuld seien. Die Tabakarbeiter der andern Branchen müssen die Zigarrenarbeiter mehr unterstützen. Für die Zigarrenarbeiter muß viel mehr geschehen. Es muß erreicht werden, einheitliche Löhne für alle in der Tabakbranche Beschäftigten zu erreichen. Die jetzigen Löhne sind völlig unzureichend. Von den Vertretern der Arbeiter ist bei den Verhandlungen alles getan worden, höhere Löhne zu erzielen. Andere Behauptungen der Zigarrenfabrikanten sind Schwindel.

Taschuppan (Schönberg) ist für Beibehaltung der reichstariflichen Lohnregulierung. Die Bezirkstarifverhandlungen müssen möglichst an einem Tage stattfinden. In der Ortsklasseneinteilung muß eine andere Regelung vorgenommen werden. Notwendig ist eine eingehende Beachtung der Lehrlingsfrage und eine gute Pflege der Lohnstatistik.

Neupert (Gera): Wir haben in der letzten Zeit gewiß einen Schritt vorwärts getan, aber die Markenwertung hat alles wieder weitgemacht. Die Akkordlöhne stehen nicht im richtigen Verhältnis zu den Zeitlöhnen. Der Reichstarif hat den Arbeitern in den Städten nur Nachteile gebracht.

Hertlog (Freiberg): Wir sind um 50 Prozent niedriger gestellt, als andere Berufe. Die Lohnforderungen müssen den Teuerungsverhältnissen entsprechen. Die Fristen von Verhandlung zu Verhandlung sind zu lang.

Gerloff (Dresden): Die Ausführungen des Kollegen Becker waren die allerbeste Begründung für die Richtigkeit unserer Lohnpolitik. Die zentrale Lohnpolitik hat dazu auch die früher vorhandenen Lohnunterschiede in den einzelnen Orten beseitigt. An der Hinausziehung der Lohnverhandlungen ist unsere Organisation nicht schuld.

Sachier (München) geht auf die näheren Umstände bei dem Streik bzw. der Aussperrung in München im Jahre 1921 ein. Wir müssen versuchen, die Zigarettenmaschinisten in unsern Verband heranzuziehen. In den Tarifen der Rauch- und Schnupftabakindustrie vermissen wir eine Bestimmung, die das Prämiensystem verbietet.

Wenzel (Dresden): Wir dürfen die Zigarrenindustrie nicht mit der Zigarettenindustrie vergleichen. Während die Produktion der ersten hauptsächlich auf dem flachen Lande liegt, liegt die der letzten zum allergrößten Teil in den großen Städten.

Freitag. Vormittagssitzung.

Zunächst werden die Diäten festgelegt. Es wird beschlossen, 260 ℳ für den Tag und 100 ℳ für die Nacht zu zahlen.

Sodann wird die Debatte über die Lohnbewegungen fortgesetzt. Als erster Redner erhält das Wort

Wieber (Friesenheim) bespricht die durch die sogenannte Trockenarbeit hervorgerufenen Mißstände und Differenzen in Oberbaden und stellt das Verlangen, die sich hierauf beziehenden Sonderbestimmungen des Reichstarifvertrages zu beseitigen. Die Nachgiebigkeit der Tarifkommission muß aufhören.

Metzger (Mannheim): Heute muß man feststellen, daß sich kein Redner gegen die zentrale Lohnregulierung ausgesprochen hat. Das ist ein gutes Zeichen. Eine andere Lohnpolitik ist gar nicht möglich. Auch im Süden geht es vorwärts. Süddeutschland hat bei der nach Eisenach einsetzenden pontanen Bewegung nicht an letzter Stelle gestanden.

Freyberg (Bäbek) spricht zu den Lohnbewegungen in der Rautabakindustrie und fordert ein völliges Verbot der Heimarbeit. Die im „Tabak-Arbeiter" angeführte Durchschnittsleistung eines Zigarrenarbeiters (1750 Stück einfache Formarbeit) ist zu hoch gegriffen.

Domeyer (Dresden) befürwortet die zentrale Lohnpolitik. Sie hat den Beweis erbracht, daß es möglich ist, Verbesserungen zu erzielen. Der bisherige Aufbau muß beibehalten werden, jedoch muß es Sache der einzelnen Bezirke sein, die Ortsklassen einzuteilen und die Ortszuschläge festzusetzen. Es muß versucht werden, den Wesenst der Akkordarbeiter über den der Zeitlohnarbeiter hinaufzubringen. Ebenso muß die Kündigungsfrist der Lohnbestimmungen herabgesetzt werden.

Strack (Offenburg): Die letzte Lohnbewegung hat uns in Oberbaden organisatorisch weiter gebracht, als mehrjährige Agitationsarbeit. Redner tritt für Aufhebung der Bezirkstarife ein und wünscht die gesamte Lohnregulierung durch die Zentrale.

Hübner (Berlin) ist im Prinzip Anhänger der Tarifvertragspolitik auf zentraler Grundlage. Die langfristige Kündigungsfrist muß unter allen Umständen verschwinden. Die bewilligten Lohnzulagen müssen mit rückwirkender Kraft versehen werden.

Frau Wolf (Speyer): In der Sortiererfrage war es unbedingt notwendig, den Aufbau in der jetzigen Form vorzunehmen, um ein einheitliches Gebilde zu schaffen. Auf der Kasseler Konferenz ist der vorgenommene Aufbau einmütig beschlossen worden. Ebenso ist der Heidelberger Abschluß von den an der Verhandlung teilnehmenden Kollegen und Kolleginnen einmütig zugestimmt worden. Ferner erörtert die Rednerin die Lohnverhältnisse des besetzten Gebietes und kommt zu dem Resultat, daß die zentrale Lohnpolitik beizubehalten ist.

Frau Harzardt (Elbing) verteidigt die Haltung des Tarifbeirates bei den Lohnverhandlungen und tritt ebenfalls für die zentrale Lohnpolitik ein.

Probst (Karlsruhe) polemisiert gegen die Ausführungen Husungs.

Dahms (Bremen) wendet sich gegen die Ausführungen von Probst und Freyberg und legt die Gründe dar, die zu dem jetzigen Aufbau des Tarifs für die Sortierer geführt haben.

Koch (Kleinalmerode) spricht sich gegen eine rein bezirkliche Regelung der Lohn- und Tariffrage. Er bespricht ferner die Entlohnung der jugendlichen Arbeiter und Betriebsräteofragen.

Husung (Vorstand): Es war mir klar, daß meine Darlegungen die lebhafteste Aussprache herbeiführen würden. Angesichts der Gesamlage der Arbeiter ist es nur zu verständlich. Wir müssen aber unumgeschminkt sagen, was ist. Wir dürfen auch das, was erreicht werden konnte, nicht kleiner machen. Redner geht nochmals eingehend auf die Lohnfrage ein. Wir erkennen unumwunden an, daß die Löhne der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter absolut den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen und daß es dringend notwendig ist, die Löhne ganz wesentlich zu erhöhen. Im weiteren erörtert er die Verhandlungen in Bad Nauheim und weist die Angriffe von Oberbaden gegen den Tarifbeirat bezüglich der Trockenarbeit zurück.

Rottmann (Niederbessen) tritt für zentrale Lohnpolitik ein. Beseitigt werden muß aber die sechswöchige Kündigungsfrist.

Deichmann (Vorstand): Bei der Beurteilung der Tarifverhältnisse müssen wir die Arbeiterschaft des Berufes, die Wichtigkeit des Gewerbes und die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse besonders mit berücksichtigen. Wir erzeugen keine unentbehrlichen Waren. Auch die Affinität unserer Arbeiterschaft läßt zu wünschen übrig. Redner legt ferner eingehend die gesamte Lohnpolitik des Verbandes dar und befürwortet die Lohnregelung auf zentraler Grundlage.

Clement (Breslau) stellt die Behauptung des Kollegen Armbrust, daß der Vorstand in Muskau entgegen dem Reichstarif die 45stündige Arbeitszeit dem Arbeitgeber zugestanden habe, dahin richtig, daß bezüglich der Arbeitszeit ausdrücklich der Fachschlichtungsausschuß zu entscheiden hatte.

Grezkiewiz (Trier): Der Vorstand durfte in Muskau die 45stündige Arbeitszeit nicht anerkennen, denn dadurch werden spätere Verhandlungen über den Hauptvertrag erschwert. Im weiteren verteidigt er die Haltung der Leipziger Kollegenschaft. Ferner fordert er die Durchführung von Garantiekohlen für die Akkordarbeiter der Zigarrenherstellung.

Schulze (Nordhausen) tritt für die zentrale Tarifpolitik ein, jedoch muß die Kündigungszeit geändert werden.

Wenzel (Bremen, Vorstand) stellt noch einmal richtig, daß er in Muskau der 45stündigen Arbeitszeit nicht zugestimmt habe.

Beyer (Singlingen) erörtert Verhältnisse in Oberbaden.

Gelbke (Frankenberg): Unsere Lohnbewegungen haben uns nicht die Erfolge gebracht, die wir erwarten müssen. Wir müssen zur bezirklichen Lohnregelung kommen.

Fischer (Berlin): In meinem Gau ist fast allgemein die Notwendigkeit der zentralen Lohnregelung erkannt worden. Redner geht im weiteren auf die Verhältnisse in Danzig ein und weist die Angriffe des Kollegen Armbrust zurück.

Becker (Leipzig) wendet sich gegen die Ausführungen Deichmanns. Der Bedarf an Zigarren ist allgemein vorhanden. Es werden immer noch Zigarren zu Schundpreisen verkauft. Die Zigarrenarbeiter müssen auf die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse verzichten. Die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters muß dadurch sinken. Die Löhne müssen unbedingt erhöht werden.

Jessen (Hamburg): Die Hamburger Kollegenschaft steht wohl ausnahmslos auf dem Boden der reichstariflichen Lohnpolitik. Wir haben nicht unseren Vorteil, sondern die Interessen der gesamten Tabakarbeiterschaft dabei in erster Linie im Auge.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

(Schluß folgt.)

Haltet den Dieb!

An diesen Trick wird man unwillkürlich erinnert, wenn man den Bericht aus Hessen in der christlichen Tabakarbeiter-Zeitung liest. Er gibt ein ganz getreues Spiegelbild des christlichen Sekretärs Dolle. Zu den lügnerischen Behauptungen des Berichtes habe ich folgendes festzustellen: 1. Es ist eine grobe Unwahrheit, daß ich oder wir mit niedrigen Beiträgen operieren. Wahr ist vielmehr, daß ich die im christlichen Verband organisierten Arbeiterinnen frug, welchen Beitrag sie bezahlen. Es wurde mir gesagt, 5 Mark in der Woche, worauf ich sagte, das zahlt man bei uns auch. Dann erläuterte ich die betreffenden Bestimmungen unseres Statuts, wonach der Beitrag nach der Höhe des Verdienstes entrichtet werden muß.

2. Es ist gelogen, wenn in dem Bericht behauptet wird, ich hätte gesagt, daß die „Christen" 30 Prozent gefordert hätten. Die Wahrheit ist folgendes: Nachdem ich das Scheitern der Lohnverhandlungen besprochen hatte, machte ich darauf aufmerksam, daß die Betriebsräte in allen Betrieben bei der Geschäftsleitung 60 Prozent Lohnerhöhung mit allem Nachdruck vertreten. Es sind dann auch Vereinbarungen getätigt worden, wodurch unsere Mitglieder 50 Prozent Lohnerhöhung bekommen haben. Uns sowohl als auch den Arbeiterinnen in Kahl waren von den Fabrikanten ebenfalls diese 50 Prozent zugesagt. Der christliche Sekretär Dolle habe aber nach uns mit dem betreffenden Fabrikanten verhandelt und eine Vereinbarung mit nur 30 Prozent Lohnerhöhung abgeschlossen, obwohl die 60 Prozent gemeinsam gefordert wurden, begnüge sich Dolle mit 30 Prozent und spiele damit den Arbeitgebern Trümpfe gegen die Arbeiter in die Hände.

3. Daß ich Gewalt angewendet oder auch nur angedroht habe, ist eine bewußte Lüge. Die Wahrheit ist, daß ich sagte, wer heute nicht dem freien Verbande beitrete, den suchen wir in der Wohnung auf, wo die Väter und Brüder, die ja alle freiorganisiert sind, zugegen sind. Dann werden wir diejenigen auch für den freien Verband gewinnen, welche heute noch unschlüssig sind und nicht wissen, was sie tun sollen. Es steht den „Christen" gut an, Entrüstung zu mimen über Dinge, die gerade sie meisterhaft verstehen, allerdings unter Zuhilfenahme der Geistlichkeit und der allbekannten Missionare. Wo die Unduldsamseit herrscht, das lehrt am besten die Geschichte. sagte doch der Bischof Henle in Regensburg: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben".

4. Nicht ich bin der Friedensstörer, sondern dieses Handwerk betreibt Dolle seit 3 Jahren unter Anwendung der schäbigsten Mittel. Im nachfolgenden will ich das Gedächtnis des Herrn Dolle etwas auffrischen. Ich stelle nunmehr folgende öffentlichen Fragen an den Zentrumsagitator Dolle: 1. Was hat Herr Dolle in Bingen in den zwei Stunden im Bureau der Firma Gräff u. Co. zu tun gehabt? Ist er vom Herrn Direktor gerufen worden oder hat er seine Dienste dem Herrn Direktor angeboten? 2. Wer ist der Hetzer und Friedensstörer innerhalb der Arbeiterschaft? Herr Dolle, darüber haben wir ein erdrückendes Material. Ihre ganze Tätigkeit beruht auf Worten, nichts als Worten, denn von Taten ist recht herzlich wenig zu spüren.

Eins sei für heute angeführt: Sie sagten wiederholt zu uns, wir hätten niedrigere Beiträge als Sie; wenn wir uns informierten, war gerade das Gegenteil der Fall. Sie wollten uns veranlassen, die Beiträge in die Höhe zu treiben, um nachher unseren Mitgliedern zu sagen, kommt zu uns, da braucht Ihr nicht so viel zu zahlen. Nur auf krummen, hinterlistigen Wegen sind Sie in der Lage, Mitgliederfang zu treiben.

W. Münch, Frankfurt a. M.

Soziales.

Teurungsmaßnahmen für Militärrentner.

Die den Schwerkriegsbeschädigten, sowie den erwerbsunfähigen Kriegerwitwen bisher gewährten Teurungszuschüsse haben durch Beschluß des Reichstages vom 30. Juni d. J. auf gesetzlichem Wege eine Neuregelung erfahren.

Nach dem neuen Gesetz, das am 1. August 1922 in Kraft getreten ist, beträgt der monatliche Teurungszuschuß für Schwerbeschädigte bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 Prozent 500 ℳ, bei Minderung der

mikrofilm service
Gerd Gutt KG
Otto-Hahn-Straße 21
Postfach 410249
4400 Münster-Roxel

der Metallarbeiter und der Bergarbeiter nachweisen?

Wir wollen mit dem Gesagten keineswegs behaupten, daß dem verstossenen Gewerkschaftskongreß keine Unvollkommenheit angehaftet hätte. Dem Urheber der zurückgewiesenen Angapfungen lag es aber nur daran, bei seinen Lesern die Ueberzeugung hervorzurufen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung „keine Hoffnung für die deutsche Arbeiterschaft" sei, und daß „der Leipziger Kongreß die deutschen Arbeitnehmer in der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen um Jahrzehnte zurückwerfen kann". Wenn der Verfasser dann noch die christlichen Gewerkschaften in empfehlende Erinnerung bringt, so mag noch kurz auf folgendes hingewiesen werden: Wenn für die deutsche Arbeiterschaft etwas erreicht wurde und wenn die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mit davon zehren dürfen, so können sie sich nicht zum mindesten bei den freien Gewerkschaften dafür bedanken, und wenn die deutsche Arbeiterschaft nur auf die christlichen Gewerkschaften angewiesen wäre, so könnte sie lange lauern, bis etwas für sie erreicht würde.

Bericht über die Verhandlungen des 18. Verbandstages.

Dienstag. Vormittagssitzung.

Klink (Köln): Im Laufe der gestrigen Diskussion hat es an praktischen Vorschlägen gefehlt, wie es besser gemacht werden kann. Die Organisation muß den kaufmännischen Geiste gelehrt werden. Köln ist finanziell nicht genügend unterstützt worden. Nicht nur zur Beitragsleistung, sondern auch zur praktischen Mitarbeit müssen die Mitglieder erzogen werden. Wir dürfen uns nicht gegenseitig zerfleischen, sondern müssen, trotz verschiedener Meinung über den Weg, der zum Ziele führt, einig gegen den gemeinsamen Feind vorgehen.

Wenzel (Bremen, Vorstand): Wir haben in der Zigarrenherstellung 1990 18 429, Ende 1921 21 609 Heimarbeiter ermittelt, das sind 16,5 Prozent der Gesamtarbeiterschaft dieser Industrie. Etwa 50 Prozent der Heimarbeiter sind im Bezirk Westfalen. Wir treten getreu unserer stets bekundeten Auffassung für das völlige Verbot der Heimarbeit ein. Zunächst muß die weitere Ausbreitung der Heimarbeit verhütet und die bestehende Heimarbeit möglichst eingeschränkt werden. Vorbedingung jedes Heimarbeiterschutzes ist die vernünftige Regelung der Lohnfrage. Der Vorstand wird auch in Zukunft der Heimarbeiterfrage größte Aufmerksamkeit schenken. Ueberwiesen sie deshalb den Antrag Kl. Krotzenburg dem Vorstand als Material.

Becker (Leipzig) ist mit den Ausführungen Wenzels einverstanden. In Leipzig sind gute Fortschritte mit der Beseitigung der Heimarbeit gemacht worden. Durch die Heimarbeit wird der Nichtstundenlohn sabotiert. Die Schaffung einer Bezirksleiterstelle im Leipziger Bezirk würde dazu beitragen, die Heimarbeit zu beseitigen.

Lechler (München): Eine andere Tätigkeit des Hauptvorstandes war nicht möglich. Ein Teil der Mitglieder hat es verstanden, sich von der richtigen Beitragsleistung zu drücken. Hier muß die Kleinarbeit einsetzen. Redgesprochen muß auch werden, daß das mangelhafte Betriebsrätegesetz von den Arbeitern nicht ausgenützt wird. Redner empfiehlt den Antrag München, den Gau Süddeutschland zu teilen, damit besser im Interesse der Tabakarbeiter gewirkt werden kann.

Dahms (Bremen) bespricht die Verhandlungen, die über den § 91 stattgefunden haben.

Strack (Offenburg): Eine zielbewußte Aufklärungsarbeit muß geleistet werden. Darin hat es in vielen Zahlstellen gefehlt. Die Interessellosigkeit ist leider immer noch sehr groß.

Gerlsoff (Dresden) polemisiert gegen Becker (Leipzig) und weist dessen Angriffe auf die Delegierten energisch zurück. Als Arbeitgeber handeln die radikalen Leipziger Kollegen ganz anders, als sie sonst reden. Das haben sie bei der Besoldung ihres Angestellten bewiesen.

Tiedermann (Bremen, Vorstand) verteidigt die Haltung des Vorstandes in der Frage des § 91 des Tabaksteuergesetzes.

Friedrich (Kindelsdahl) kritisiert das Hinausschieben des Verhandlungstermines der Lohnverhandlungen in der Zigarrenindustrie. Unsere Vertreter müssen mit den Unternehmern Fraktur reden.

Hufung (Bremen, Vorstand): Die Lohnverhandlungen finden nicht in der Arbeitsgemeinschaft statt. In dem Augenblick, wo wir aus der Arbeitsgemeinschaft treten, müssen wir auch aus den paritätisch zusammengesetzten Körperschaften des Tabakgewerbes treten. Im Vertrauensausschuß und in der Außenhandelsstelle ist recht viel von unseren Vertretern getan. Aktiv konnte sich der Vorstand wegen Arbeitsüberhäufung nicht an der Agitation beteiligen; es sind aber viele Kollegen nach dem Kriege freigestellt worden. In Oberbaden u. Köln ist alles, was erforderlich war, geschehen. Notwendig ist aber, daß auch die Kollegenschaft selbst sich an der Agitation beteiligt.

Frau Wolf (Eberbach): Die Kritik an der Geschäftsführung des Vorstandes ist recht häßlich ausgefallen. Der Vorstand hat seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Von ihm ist alles getan worden, um die weiblichen Mitglieder zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn nicht alles von den Männern getan wird, um die Frauen zur Organisationsarbeit heranzuziehen, wird es sich an den Männern bitter rächen. Durch die gegenseitige Zerfleischung in unseren Reihen ist die gegnerische Gewerkschaftsbewegung gestärkt worden. Mit dem Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft würden wir den gegnerischen Gewerkschaften einen Gefallen tun.

Grobst (Karlsruhe) spricht für den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Die Taktik des Vorstandes hätte eine ganz andere sein müssen, da die wirtschaftlichen Grundlagen andere geworden sind. Wir wollen den Klassenkampf bis aufs äußerste führen.

Walkermann (Mainz): Die Unternehmer richten ihre Blicke nach Dresden, das sollten wir bei unseren Ausführungen beachten. Der Einheitsfront nach außen muß gewahrt bleiben. Hätte der Organisationsgedanke unter den Tabakarbeitern früher Platz gegriffen, dann wäre manches anders geworden. Bis jetzt hat noch kein Redner den Beweis erbracht, daß die Arbeitsgemeinschaft schädlich ist.

Selpien (Hamburg): Wie erfolgreich die Tätigkeit des Vorstandes war, beweist der große Mitgliederzuwachs. Die Umstellung des Organisationsapparates konnte mit der Entwicklung nicht gleichen Schritt halten. Wir müssen uns deshalb die Frage vorlegen, ob es nicht rationeller ist, statt der Gau- die Bezirkseinteilung einzuführen, weil die einzelnen Gaue zu groß sind. Auch die Zentrale muß verstärkt werden, um alle Arbeiten bewältigen zu können. Ebenso muß die Bildungsarbeit gefördert werden. Die Schulung der Betriebsräte dürfen wir nicht vernachlässigen. Redner spricht für das Verbleiben in der Reichsarbeitsgemeinschaft.

Schmidt (Osterzheim): In Mannheim sind die Stimmen bei der Wahl zum Gewerkschaftskongreß kassiert worden; dagegen müssen wir protestieren. Ebenso müssen wir uns gegen die Erhebung von Gaubeiträgen wenden. Sind höhere Beiträge notwendig, dann sollen sie auch die Zentrale erhoben werden. Die Zahlstelle Mannheim ist von der Gauleitung nicht immer informiert worden.

Husung (Bremen) stellt fest, daß die Kassierung der Mannheimer Stimmen nicht vom Vorstande, sondern von der Wahlkreisprüfungskommission ausgesprochen worden ist.

Nottwilm (Niedersachsen): Nach Lage der Sache hat der Vorstand gutan, was getan werden konnte. Eine Konferenz der Heimarbeiter in Westfalen hat sich für ein völliges Verbot der Heimarbeit ausgesprochen. Ebenso sollte sich auch der Verbandstag entschließen. Wenn wir nicht die notwendigen Beiträge zahlen, können wir auch keine bedeutenden Erfolge erwarten. Aufklärung ist dringend nötig, besonders auch bei den Hochbetagten. Redner tritt weiter für Bevollmächtigen der Arbeitsgemeinschaft ein.

Wissell (Berlin): Unsere ganze Wirtschaft ist abhängig von der gesamten Weltwirtschaft. Diese ist durch den Krieg vollständig auseinandergerissen worden. Wir haben in Europa allein 27 neue Staaten bekommen. Neue Zölle und Währungen erschweren den Weltverkehr. Durch den Krieg wurden die Länder von ihren bisherigen Rohstoffen abgeschnitten. Die ersatzlosen Rohstoffe konnten nicht abgesetzt werden. Dadurch mußten in den Ländern völlig neue Industrien entstehen. Dann kommt die unerhörte Kriegsschuldenlast. Die Weltwirtschaft ist eine Arbeitslosigkeit von 10 Millionen Arbeitern. Dazu ist der Weltzustand, trotz Arbeitszeit bei uns, um eine Million Mann gestiegen. Es fehlen also der Produktion 11 Millionen Menschen, die arbeiten können und wollen; ein Verlust von 100 Milliarden Goldmark ist dadurch zu verzeichnen. Wir werden unsere Produktion nicht absetzen können. Mit dem Steigen der Mark wird unsere Weltbewerbsfähigkeit erschwert. Unsere Produktion in Schokolade, Likören usw. ist gestiegen, aber können wir es ertragen, wenn lebensnotwendigere Produktionen noch nicht die dringend nötige Höhe erreicht haben? Eine Umstellung der Produktion wird bei der Stabilisierung der Mark erfolgen müssen. Dabei dürfen die Arbeiter nicht abseits stehen. Glauben Sie denn, es ist kein Klassenkampf, wenn die Arbeiter ihre Interessen in gemeinsamen Verhandlungen mit den Arbeitgebern vertreten? Der Arbeitervertreter, der nicht imstande ist, am grünen Tisch mit den Unternehmern die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ist überhaupt kein Arbeitervertreter. Infolge der Umstellung der Produktion worden gerade die Tabakarbeiter ihre Interessen dringend zu vertreten haben. Geben Sie keine Position auf, die die Gewerkschaften noch dringend brauchen werden.

Geldke (Frankenberg): Ich habe eine Erklärung des Vorstandes vermißt, warum er sich über Verbandstagsbeschlüsse betr. Wahl eines Delegierten auf je 750 Mitglieder und Abhaltung des Verbandstages alle zwei Jahre hinweggesetzt hat. Der Vorstand hat sich ebenso wie die Mitglieder an die Verbandstagsbeschlüsse zu halten. Urabstimmungen müssen geheim sein. Für Sachsen muß ein weiterer Gauleiter angestellt werden.

Appelt (Finsterwalde) spricht zur Urabstimmung, Tabaksteuerunterstützung, Beitragserhöhung und Arbeitsgemeinschaft.

Groß (Stuttgart): Die Ausführungen des Genossen Wissel werden gewiß ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Daß der Vorstand nicht zeitig genug und mit den notwendigen hohen Beitragserhöhungen hervorgetreten sei, ist nicht seine Schuld, sondern es waren die Verhältnisse zu berücksichtigen. Wenn die Zahl der Delegierten durch die Wahlkreiseinteilung herabgedrückt worden ist, muß dies angesichts der enormen Kosten, die dadurch gespart werden, begrüßt werden.

Ein von **Behmeyer** (Enger) gestellter Schlußantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen von **Klink** (Köln), **Becker** (Leipzig), **Gerlsoff** (Dresden), **Deichmann** (Bremen) und **Probst** (Karlsruhe). **Mieber** (Friesenheim) gibt eine sachliche Richtigstellung. Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittagssitzung.

Deichmann (Bremen, Schlußwort): Die Kritik ist sehr mangelhaft ausgefallen. Wenn weiter nichts zu kritisieren war, dann muß unsere Tätigkeit doch ganz nett gewesen sein. Heute haben wir mit mur geringen Quanten von eingeführten Tabakfabrikaten zu rechnen, dagegen haben wir mit einer Ausfuhr von 18 bis 20 Prozent der Produktion nach dem Ausland zu rechnen. Schon wegen unserer Tätigkeit in den Außenhandelsstellen bitte ich darum, die Anträge auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft abzulehnen. Wir werden erleben, daß manche Beschlüsse bald überholt sind. Dieser Verbandstag wird ungefähr Dreiviertel Millionen kosten, deshalb die Beschlüsse des Vorstandes bezüglich der Delegation zum Verbandstage. Die Führung mit der Kollegenschaft ist nicht verloren gegangen. Für die Folge muß noch mehr als bisher getan werden, um unsere Organisation vorwärtszubringen. Wir müssen dazu kommen, daß die Vorstandsmitglieder mehr auf Agitation gehen können. Dazu müssen wir unsere Verbandseinrichtungen ausbauen. Würde der Versuch gemacht werden, durch Zellenbildung der Organisation Schaden zuzufügen, dann werden wir rücksichtslos zugreifen. Wir sollen uns nicht die Möglichkeit nehmen, das Ringen um die Besserstellung der Arbeiterklasse auch in der Arbeitsgemeinschaft zu führen. Bei Lohnbewegungen hat die Arbeitsgemeinschaft nicht hemmend, sondern fördernd gewirkt. In der Bildungsfrage wird der Vorstand im Sinne der Ausführungen Epes wirken, natürlich mit der nötigen Vorsicht. Alles, was in der Frage des § 91 getan werden konnte, ist getan worden. Kein Delegierter hat den Versuch gemacht, für die Lohnbewegungen eine bessere Taktik vorzuschlagen. In der Lohnfrage sind verschiedene Erfolge erzielt worden. Eine in Dresden aufgenommene Statistik zeigt uns, daß die Verdienste in den einzelnen Orten sehr unterschiedlich sind. Durch einen Soziallohn würden wir den Fabrikanten das Geschäft erleichtern, die letzten Mohikaner aus der Industrie zu verdrängen. Auch bei den Löhnen in den andern Industrien ist nicht alles Gold, was glänzt. Wir dürfen die Abstimmungen in unserer Organisation nicht mit politischen Abstimmungen vergleichen. Redner spricht dann zu den einzelnen Anträgen und präzisiert hierzu seine Stellungnahme.

Dem Gesamtvorstande wird gegen die Stimme des Kollegen **Becker** (Leipzig) Entlastung erteilt. Mit demselben Stimmenverhältnis wird der Leipziger Antrag, dem Vorstande wegen seiner Einstellung zur Tabaksteuerfrage und zum § 91 ein Mißtrauensvotum auszusprechen, abgelehnt. Die Anträge, die sich auf die Urabstimmung beziehen, werden der Statutenberatungskommission überwiesen. Dem Vorstand überwiesen werden die Anträge zur Tabaksteuer, zum § 91, die Resolution Herzberg und Osterode am Harz, und die Anträge, die sich auf die Gaueinteilung und die Anstellung von Verbandsbeamten beziehen. Die Ueberweisungen erfolgen einstimmig. Mit einer sehr großen Mehrheit abgelehnt werden die Anträge, die den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft fordern und eine Einwirkung auf das Korrespondenzblatt im Sinne des Klassenkampfes verlangen.

Im Auftrage der Mandatsprüfungskommission berichtet **Plaßmeier** (Osnabrück): Es sind zwei Proteste eingegangen. Ueber einen gegen die Wahl des Kollegen Berg eingegangenen Protest ist die Kommission zur Tagesordnung übergegangen. Ueber die Wahl von Bergholz (Zeitz) soll das Plenum entscheiden. Anwesend sind 119 Delegierte, 7 Vorstandsmitglieder, 1 Redakteur, der Ausschußvorsitzende und 13 Gauleiter. Festgestellt ist, daß mehrere Delegierte nicht der vorgeschriebenen Beitragsklasse angehören. Das muß entschieden verurteilt werden. 15 Delegierte haben kein Mitgliedsbuch mitgebracht.

Alle Mandate werden nach einer kurzen Auseinandersetzung einstimmig für gültig erklärt. Sodann wird beschlossen, Punkt 4 der Tagesordnung,

Anträge zum Statut usw.,

vorwegzunehmen.

Krohn (Bremen): Mit den Kassenverhältnissen unseres Verbandes sieht es sehr schlecht aus. Soll der Verband seinen Hauptzweck, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu betreiben, wirklich erfüllen, dann müssen vor allem die Finanzen des Verbandes gestärkt werden. Es ist nicht richtig, daß wir für Streiks und Lohnbewegungen keine großen Summen auszugeben brauchen. Die Lohnbewegungen kosten uns heute ganz enorme Summen. Unsere heutigen Beiträge entsprechen längst nicht mehr den Beiträgen der Vorkriegszeit. Sie entsprechen auch nicht den gegenwärtigen Löhnen. Wir zahlen noch bis zum 2. Quartal 1922 etwa den fünfzehnten Beitrag wie vor dem Kriege. Die Mitglieder drücken sich bei jeder Beitragserhöhung in eine niedrige Klasse. Dadurch gehen dem Verbande große Summen verloren. Es sind ja viele Anträge gestellt, die einen Beitrag von einem Stundenlohn erheben wollen. Angesichts der Aktordarbeit in unserm Berufe ist diese Durchführung ohne weiteres nicht möglich. Aber in der Höhe eines Stundenlohnes müssen wir den Beitrag haben. Weder jedes Beitragsklassen dürfen wir im Interesse einer geordneten Verwaltungsarbeit nicht hinaufgehen. Viele Anträge lassen darauf schließen, daß die Antragsteller mit dem Finanzwesen unseres Verbandes nicht vertraut sind. Der „Tabak-Arbeiter" wird uns in diesem Jahre dreieinhalb Millionen Mark kosten, so daß wir an eine Erweiterung nicht denken können. Wir müssen noch ganz anders in den Beutel greifen, wenn wir allen Anträgen Rechnung tragen wollten. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung wird aus den bekannten Gründen größer werden. Beachten müssen wir, daß die persönlichen Verwaltungskosten geringer geworden sind. Geklärt werden muß auch die Frage, ob die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in gleicher Höhe geplant werden soll. Selbstverständlich muß auch das Eintrittsgeld erhöht werden. Wir dürfen nicht wagen, die Erwerbslosenunterstützung gänzlich aufzuheben, bestimmt ist die Zeit noch nicht gekommen. Gegen die Besteilung der Umzugsunterstützung werden wir uns nicht wenden. Bei Streik und Mahregelung muß sie natürlich gezahlt werden. Aus finanziellen an alle unsere weiblichen Mitglieder liefern. Ganz unmöglich ist es, einen einheitlichen Lokalbeitrag vorzuschreiben. Es gibt noch viele Zahlstellen, die keinen Lokalbeitrag erheben. Im Prinzip sind wir mit der Schaffung eines Verbandsbeirates einig. Er ist unter den heutigen Verhältnissen eine zwingende Notwendigkeit. Aus finanziellen Gründen ist eine Beschränkung der Delegiertenzahl notwendig. Die Wahlen können in einer Woche vorgenommen werden.

Mittwoch. Vormittagssitzung.

Alle Anträge zum Statut usw. werden genügend unterstützt.

Bergholz (Zeitz) ersucht, alle Nebensächlichkeiten auszuschalten. Es muß wirtschaftliche Arbeit geleistet werden. Redner weist darauf hin, auf welche Dinge es in der Hauptsache ankommt.

Armbrust (Berlin): Die uns bevorstehenden Kämpfe zwingen uns, die Mittel des Verbandes zu stärken. Wir müssen den Stundenlohn als Wochenbeitrag zugrunde legen. Mehr als sechs Klassen sollen wir nicht schaffen. Die Erwerbslosenunterstützung sollte beseitigt oder recht niedrig gehalten werden. Im letzten Falle müssen die Unterstützungsempfänger beitragsfrei bleiben. 50 ₰ Wochenbeitrag ist nicht zu hoch gegriffen. Der Lokalbeitrag muß gleich mit einkalkuliert werden. Wegen Reise gestrichene Mitglieder müssen ein erhöhtes Eintrittsgeld zahlen. Mit der Schaffung des Verbandsbeirates ist Redner einverstanden.

Selpien (Hamburg): Wir betrachten diesen Punkt als den wichtigsten. Das Statut muß so gestaltet werden, daß allen Anforderungen Rechnung getragen werden kann. Wenn der Ruf nach der Kampforganisation sein leerer Schall bleiben soll, müssen dem Verbande auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen zehn Beitragsklassen haben, um allen Verdienstunterschieden Rechnung tragen zu können. Es könnte dann den einzelnen Bezirken zugesichert bleiben, sich die für ihren Bezirk maßgebenden Klassen auszusuchen. Aus agitatorischen Gründen sollten wir die Erwerbslosenunterstützung nicht aufgeben. Wir laufen sonst Gefahr, die Fühlung mit den arbeitslosen und kranken Mitgliedern zu verlieren. Den Zahlstellen mit Ortsbeamten müssen höhere Zuschüsse gewährt werden.

Meier (Nordhausen): Die jetzige Beitragsstaffelung entspricht durchaus nicht mehr den Verdienstunterschieden und hat zu unhaltbaren Zuständen geführt. Die Erwerbslosenunterstützung kann mit Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder und die andern Organisationen nicht so ohne weiteres aufgegeben werden. Wir müssen die Beitragsstaffelung progressiver gestalten. Mit 12½ Prozent können die Zahlstellen mit Ortsbeamten auskommen. Sollte dieser Zuschuß nicht ausreichen, dann müssen die Lokalbeiträge erhöht werden. Redner zieht den Antrag zurück, die Besoldung der Ortsbeamten auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Beier (Dinglingen): Auch wir in Oberbaden sind der Ueberzeugung, daß der Verband gestärkt werden muß, wenn wir in Zukunft Kämpfe führen wollen. Wenn wir die Krankenunterstützung abschaffen, werden uns viele Mitglieder verloren gehen.

Kirchner (Wallenbar) ist der Meinung, daß die vom Vorstande vorgeschlagenen Beiträge noch nicht ausreichen. Die Erwerbslosenunterstützung müssen wir beseitigen. Für die Lokalkassen reichen 10 Prozent nicht aus. Im Falle des Kampfes muß die Streikunterstützung die Hälfte des Verdienstes betragen. Dementsprechend müssen auch die Beiträge festgesetzt werden.

Klink (Köln): Unbedingt notwendig ist eine höhere Beitragsleistung; darüber sollte eigentlich eine Diskussion überflüssig sein. Die Krankenunterstützung muß in Wegfall kommen. Bei der Streikunterstützung erscheint mir der 20- bis 25fache Wochenbeitrag erforderlich. Den Zahlstellen mit Ortsbeamten müssen 20 Prozent gelassen werden, dabei darf es keinen Unterschied geben, ebenso muß eine bessere Bezahlung der Angestellten stattfinden.

Becker (Leipzig) tritt für Beseitigung der Krankenunterstützung ein. Nicht mit der Krankenunterstützung, sondern mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen wir Agitation treiben. Den Antrag auf drei Beitragsklassen zieh ich zurück. Für die Zahlstellen mit Ortsbeamten genügen 12½ % nicht. Redner empfiehlt die Anträge, wonach den Zahlstellen größere Rechte bei der Genehmigung von Streiks, beim Ausschluß von Mitgliedern und bei der Aufnahme von Mitgliedern eingeräumt werden.

Hudalla (Dresden): Wenn der Verbandstag bei diesem Punkte versagt, dann hat das Unternehmertum in der Tabakindustrie gewonnen. Wir müssen uns davon befreien, allzuviel Klassen zu schaffen; sechs Klassen dürfen nicht überschritten werden. Mit niedrigen Beiträgen können wir keine Agitation treiben, das hat die Vergangenheit bewiesen. Erst muß gesät werden, dann können wir auch ernten. Fort mit dem Ballast der Krankenunterstützung! Die Schaffung eines Beirates begrüßen wir.

Kretschmar (Wachenheim) wendet sich gegen einen Antrag Altenburg, der nur im Beruf tätige Mitglieder zur Verbandstagsdelegation zulassen will. Nicht die Anstellung, sondern die gewerkschaftliche Zuverlässigkeit muß maßgebend sein. Die Erwerbslosenunterstützung darf nicht erhöht werden. Wir sind dafür, daß die Angestellten sich alle Jahre zur Wahl stellen müssen.

Knauz (Großhausen): Ein Wochenverdienst von 1000 ₰ ist in unserm Bezirk wie ein weißer Rabe. Wer einen hohen Verdienst hat, kann auch prozentual höhere Beiträge leisten. Die Streikunterstützung muß erhöht werden.

Fischer (Frankenberg): Eine Beitragserhöhung halten wir für nötig, aber bei nur 6 Klassen ist es schwer möglich, die Stundenlöhne als Beitrag zu erfassen. Die Erhöhung der Streikunterstützung ist notwendig. Die Abschaffung der Krankenunterstützung wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sein. Die Ortsbeamten müssen von der Hauptkasse bezahlt werden.

Tiedermann (Bremen, Vorstand): Daß über die Aufnahme der Mitglieder nur die einzelnen Zahlstellen entscheiden sollen, muß entschieden beklagt werden. Auch der Antrag Leipzig, der den Zahlstellen das Recht des Ausschlusses geben will, kann nicht angenommen werden. Die Praxis hat gezeigt, daß oft recht belanglose Dinge als Gründe für den Ausschluß von Mitgliedern ins Feld geführt werden. Auf der andern Seite muß berücksichtigt werden, daß Schädlinge der Arbeiterbewegung aus Unkenntnis in den Zahlstellen aufgenommen werden, deshalb muß der Vorstand das Einspruchsrecht haben.

Degener (Eisenberg) ist für den Stundenlohn als Beitrag. Die Festsetzung des Lokalbeitrages müssen wir den Zahlstellen überlassen.

Fäcke (Oslau) bittet darum, die Erwerbslosenunterstützung nicht zu beseitigen und die Beitragsbeteiligung beim Unterstützungsbezug zu beschließen.

Bergholz (Zeitz): Im Hinblick auf die in Weimar stattfindenden Lohnverhandlungen müssen wir unsere Beschlüsse fassen. Dem Vorstande muß ein Einspruchsrecht bei Aufnahmen gesichert werden. Ebenso dürfen wir den Ausgeschlossenen das Recht nicht nehmen, sich an eine höhere Instanz zu wenden. Redner nimmt damit zu verschiedenen Anträgen Stellung und wendet sich gegen die Bezahlung der Ortsangestellten durch die Hauptkasse.

Thomeier (Delbrunn) ist für Beitragserhöhung. Ueber sechs Klassen dürfen wir nicht hinaufgehen. Diese müssen zwischen 5 und 30 ₰ geschlossen werden. Extrabeiträge in den Gauen sollten nicht mehr erhoben werden. Für den Verbandsbeirat sollten wir uns unter allen Umständen entscheiden.

Mieber (Friesenheim): Wir müssen unsere Verbandsfinanzen so einrichten, daß wir den uns von den Unternehmern hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen können. Durch die Schmutzkonkurrenz der Christen sollten wir uns nicht abhalten lassen, das zu tun, was notwendig ist.

Ess (Frankfurt a. M.): Bei der Erwerbslosenunterstützung müssen wir auf die Verhältnisse in den ländlichen Bezirken Rücksicht nehmen, deshalb können wir die Unterstützungseinrichtungen nicht in die Ecke stellen, sondern müssen sie ausbauen. Dafür müssen wir die Streikunterstützung ausbauen. Der materielle Untergrund für die Durchführung des Kampfes muß von uns geschaffen werden. Wir müssen den Mut haben, auch einmal unpopulär zu sein, deshalb muß den Ausgeschlossenen das Einspruchsrecht bleiben. Unter keinen Umständen dürfen wir die Angestellten der Arbeiterbewegung in der Frage der Delegation zu Mitgliedern zweiter Klasse machen.

Preisel (Breslau): Es wäre verfehlt, die Erwerbslosenunterstützung zu beseitigen. Eine erhöhte Beitragsleistung liegt im Interesse der Mitglieder.

Reupert (Gera): Der Verband muß leben und dementsprechend müssen wir die Beiträge, besonders in den höheren Klassen, festsetzen. Die Krankenunterstützung ist eine optische Täuschung und deshalb müssen wir sie beseitigen und die Arbeitslosenunterstützung erhöhen.

Deichmann (Bremen) empfiehlt, alle Anregungen und Anträge der Statutenberatungskommission zu überweisen. Zu unserer Freude muß festgestellt werden, daß in der Frage der Beitragserhöhung hier der Tabakarbeiter sind bereit, auch ihre Beiträge zu erhöhen. Deine sondern zu reformieren. Selbstverständlich dürfen diese Einrichtungen nicht überwuchern, die Hauptsache muß die Streikunterstützung sein und bleiben. Die Gauleiter müssen frei stehen, sie müssen unabhängig sein und dürfen deshalb nicht periodisch zur Wahl gestellt werden. Anders ist es mit den Beisitzern der Mitgliedern und Ortsangestellten. Diese müssen vom Vertrauen der Mitglieder getragen werden und sich des

halb von Zeit zu Zeit
bare Lösung der Gut
viele tüchtige Kräfte,
abstoßen.

Behmeier (G
vorbei sein, deshalb m
zehn Beitragsklassen;
wir mehr als vorgesch
müssen wir die Einteil
nen Mitgliedsbücher h

Frau Meilin
Rechnung tragen. D
beseitigt werden. Das
den Unterstützungsemp
wir die Fühlung mit

Hemmerich (
wir einen andern Ma
zeitig die Beiträge erh
Man sollte den Gauen
zum in den einzelnen G

Hübner (Berlin
betr. Delegation der
pünktlig, den Vorstand
Soll sie beibehalten we
zahlen, als vorgeschlag
mindestens 20 ₰.

Hierauf wird ein
Alle vorliegenden An
überwiesen.

Zum nächsten Pu

werden alle Anträge
das Wort der Referent

Husung (Brem
einmütige Auffassung,
schaft in der Zigarette
Löhne zentral zu rege
halten, die einer zent
reduziert dann die ein
vertraget in den Zigar
Grundsätzen hohnsprech
ren Orten ist vielfach
Zigarettenindustrie geh
näherzubringen, doch
sind. In der Kautabak
zentraler Lohnregelung
den heutigen Tag beib
allgemein das richtig
im Arbeitsbereiche b
Brüche geht, wenn di
Stellungnahme in der
Schnupftabakindustrie
mäßig leidet, weil es
Auch hier handelt es
zentraler Lohnregulier
sind Ortstarife abgeſ
bandstagsbeschlüsse
industrie nicht ohne E
ohne Urabstimmung
richtet dann über die
in der Zigarrenindust
artigen Verhältnisse k
Rohbau fertigzustellen
zu den verschiedenart
darüber einig wurden
Ordnung in die gang
trale Lohnvereinbarun
Ausgleichszulagen bes
haben wir erreicht, d
kein so großes Interes
der Sortierungslöhne hab
schaffen. Wir müssen
eine kürzere Frist here
den, die jahrzehntelang
mal beseitigen. Ich
sind, aber anerkannt n
leistet worden ist. Die
gedrückt worden. Re
möglichkeiten mit den
Anträge, die darauf
treffen, müssen im Ja
Tarife und Vereinbaru
würde zur Folge haben
geschoben würde. Es
Löhne für alle in der
zinnen zu erzielen.
vor Augen führen, d
in Zukunft wohl nicht
men wird. Notwendig
glieder zu schulen und
überzuziehen. Wenn
Anstürme des Unter

Plaßmeier (
handelt werden müssen
besser gewesen. In O
nen. Der letzte Reich
vorbereitet. Für die
Gegenüber den andern
geblieben, deshalb fort
Regelung. Redner wi

Armbrust (B
Gegen die Verschlepp
Mitglieder aufrufen
wöchigen Kündigungsf
Vorstand in Mustau
erklärende Berliner
Auch bei dem Danzig
Kollegenschaft nicht in

Grzeczkowiak
sind gescheitert, weil
müssen unsere Kräfte
betrachtet und dement
Wir müssen unser Sch
zu können. Dazu g
bestimmungen des R
werden können.

Klink (Köln):
beschworen, so soll nic
verhältnis ein schlechte
aufs Dach steigen, m
gen in der Rauchtabak

Herrmann (
eine Beseitigung des
stark.

Vannhardt
Beseitigung der Prär
bekannt. Besonders
Bei der „zentralen L
bleiben.

Becker (Leipzig
leiter-Union. Diese
gung zu erreichen.
Antrag Leipzig auf
zurückzieht. Der Freie
verdient in Leipzig ein
Sorte macht. Wegen
Unternehmer kein In
Die sechswöchige Kün
beitigen.

Windisch (D
schen, daß er an den

A 2 A 3 A 4 A 5

Zeit zu Zeit zur Wahl stellen. Notwendig ist [illegible] eine brauch-
ung der Entlohnung unserer Angestellten. Uns fehlen noch
tige Kräfte, deshalb sollten wir sie heranziehen und nicht

hmeier (Enger): Die Politik des Durchschlängelns muß
in, deshalb müssen wir die Beiträge erhöhen. Redner ist für
itragsklassen; die Mitglieder mit höheren Verdiensten müssen
r als vorgeschlagen zur Beitragsleistung heranziehen. Ebenso
ssen die Eintrittsgelder und die Bezahlung der verlorengegange-
gliedsbücher höher festsetzen.

au Meiling (Kamperheim): Wir müssen unsern Mitgliedern
tragen. Deshalb darf die Arbeitslosenunterstützung nicht
werden. Dasselbe gilt für die Krankenunterstützung. Wenn
erstützungsempfängern die Beiträge erlassen werden, verlieren
Fühlung mit diesen Mitgliedern.

mmerich (Würzburg): In den kleineren Zahlstellen müssen
n andere Maßstäbe anlegen. Wir dürfen deshalb nicht gleich-
Beiträge erhöhen und die Erwerbslosenunterstützung streichen.
lte den Gauen das Recht einräumen, Extrabeiträge zu erheben,
zu einzelnen Gauen bessere Einrichtungen schaffen zu können.

Nachmittagssitzung.

bner (Berlin) wendet sich gegen den Altenburger Antrag
legation der Angestellten. Es erscheint uns nicht mehr an-
en Vorstand mit den Unterstützungseinrichtungen zu belasten.
Beibehalten werden, dann müssen wir noch weit mehr Beiträge
s vorgeschlagen sind. Redner empfiehlt ein Eintrittsgeld von
s 20 ₰.

rauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.
liegenden Anträge werden der Statutenberatungskommission
n.

n nächsten Punkt der Tagesordnung:

Unsere Lohnbewegungen

alle Anträge als genügend unterstützt bezeichnet und erhält
t der Referent

fung (Bremen): Auf dem Bremer Verbandstage herrschte die
e Auffassung, Reichstarifverträge abzuschließen. Die Kollegen-
der Zigarettenindustrie hielt es noch nicht für zweckmäßig, die
ntral zu regeln; in dem Tarif ist aber eine Bestimmung ent-
le einer zentralen Lohnregulierung die Wege ebnet. Redner
dann die einzelnen Abschlüsse und Bestimmungen des Tarif-
in der Zigarettenindustrie. Durch das allen gewerkschaftlichen
gen hohnsprechende Verhalten der Maschinenführer an mehre-
en ist vielfach Schaden angerichtet worden. Es ist in der
nindustrie gelungen, die Löhne der verschiedenen Orte einander
ringen, doch gibt es auch hier noch Orte, die zurückgeblieben
der Kautabakindustrie wurde der erste Reichstarifvertrag mit
Lohnregelung abgeschlossen. Die erste Fassung ist bis auf
gen Tag beibehalten worden, was wohl dafür spricht, daß so
das Richtige getroffen worden ist. Durch ein Zerwürfnis
ltgeberlager besteht die Gefahr, daß der Tarifvertrag in die
zeht, wenn die Arbeiter nicht auf dem Posten sind. Unsere
nahme in der Soziallohnfrage ist bekannt. In der Rauch- und
abakindustrie gestalteten sich die Verhandlungen verhältnis-
icht, weil es sich in der Hauptsache um Zeitlohnarbeiter handelt.
r handelt es sich um einen Tarif für das ganze Reich mit
Lohnregulierung. In der Rohtabakindustrie Süddeutschlands
Tarife abgeschlossen worden. Im Sinne der Bremer Ver-
bbeschlüsse haben wir die Tarifverhandlungen in der Zigarren-
nicht ohne Erfolg geführt. Ein Tarif in der Zigarrenindustrie
ndbestimmungen wäre ein Messer ohne Klinge. Redner be-
nn über die verschiedenen Verhandlungen und Abschlüsse, die
Zigarrenindustrie stattgefunden haben. Wegen der verschieden-
Verhältnisse konnte es sich anfangs nur darum handeln, einen
fertigzustellen. Bei den Bezirkstarifabschlüssen ist es dann
verschiedenartigsten Verhältnissen gekommen, so daß wir uns
einig wurden, daß es so nicht weitergehen könne. Es mußte
n in die ganze Entlohnung gebracht werden. Wenn wir zen-
hnvereinbarungen treffen, können wir uns nicht dauernd mit
zugleich beschäftigen. Durch unsere zentrale Lohnregulierung
ir erreicht, daß die Fabrikanten an der Fabrikationsverlegung
großes Interesse mehr haben als früher. Durch die Regelung
leverlöhne haben wir eine gute Grundlage für die Zukunft ge-
Wir müssen versuchen, die sechswöchige Kündigungsfrist auf
ere Frist herabzudrücken. Was haben wir nun erreicht? Sinn-
jahrzehntelang begangen worden sind, lassen sich nicht auf ein-
tigen. Ich rede nicht davon, daß die Lohnzulagen ausreichend
r anerkannt muß werden, daß Nennenswertes erreicht und ge-
orden ist. Die Lohnunterschiede sind auf 32 Prozent zusammen-
worden. Redner gibt dann einige Zahlen, die Vergleichs-
eiten mit den Löhnen anderer Industrien ermöglichen. Die
die darauf hinauslaufen, regional Lohnvereinbarungen zu
müssen im Interesse der Tabakarbeiter abgelehnt werden. Die
nd Vereinbarungen durch Urabstimmung genehmigen zu lassen,
r Folge haben, daß die Auszahlung der neuen Löhne hinaus-
würde. Es wird so leicht nicht durchzuführen sein, einheitliche
r alle in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeite-
zu erzielen. Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Zeit
gen führen, dann kommen wir zu der Ueberzeugung, daß es
ist wohl nicht immer zu einer friedlichen Verständigung kom-
t. Notwendig ist deshalb, unsere Kasse zu stärken, die Mit-
u schulen und die Nicht- und Falschorganisierten zu uns he-
chen. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, werden wir alle
e des Unternehmertums abwehren können.

ahmeier (Osnabrück): In Bad Rauheim hätte ebenso ge-
werden müssen wie in Eisenach, das wäre für die Tabakarbeiter
wesen. In Osnabrück sind noch Löhne von 300 ₰ zu verzeich-
er letzte Reichstarif ist bedeutend schlechter geworden als der
. Für die Sortierer ist eine Verschlechterung eingetreten.
er den anderen Arbeitern sind wir mit unsern Löhnen zurück-
., deshalb fort mit dem Reichstarif und her mit der bezirklichen
g. Redner nimmt dann zu den einzelnen Anträgen Stellung.

mbrust (Berlin) ist für die Beibehaltung der Reichstarife.
e Verschleppungspolitik der Fabrikanten hätte der Vorstand die
er aufrufen müssen, ebenso gegen die Beibehaltung der sechs-
Kündigungsfrist. Bei der 45stündigen Arbeitszeit hat der
n in Mustau nicht richtig gehandelt. Die sich solidarisch
e Berliner Kollegenschaft hätte unterrichtet werden müssen.
t dem Danziger Zigarettenarbeiterstreik hat der Gauleiter die
schaft nicht informiert.

zeckiewicz (Krier): Die Verhandlungen in Bad Rauheim
heitert, weil die Arbeitgeber den Tarif beseitigen wollten. Wir
unsere Kräfte konzentrieren. Die Waffen des Gegners müssen
t und dementsprechend müssen wir unser Verhalten einrichten.
ssen unser Schwert schleifen, um Kämpfe erfolgreich durchführen
en. Dazu gehört eine reichstarifliche Regelung. Die Lohn-
ngen des Reichstarifvertrages müssen zu jeder Zeit gekündigt
können.

ink (Köln): Wenn die Zigarrenarbeiter sich über ihre Lage
en, so soll nicht vergessen werden, daß früher das Organisations-
is ein schlechtes war. Man kann nicht auf einmal vom Keller
ch steigen, man muß durch die Etagen. Die Ferienbestimmun-
er Rauchtabakindustrie müssen klarer gefaßt werden.

rrmann (Schenheim): Wir werden uns in Oberbaden gegen
seitigung des Reichstarifvertrages. Nur die Einigkeit macht

nmharde (Elbing) begründet den Elbinger Antrag auf
ung der Prämien. Deren schädliche Wirkungen sind allgemein
Besonders in Nordost spielt diese Frage eine große Rolle.
zentralen Lohnregulierung muß es unter allen Umständen

cker (Leipzig) verliest eine Versammlungseinladung der Ar-
nion. Diese Organisation bemüht sich, die Tabakarbeiterbewe-
zu zerreißen. Das werden wir zu verhindern wissen. Den
Leipzig aus Urabstimmung über Lohnvereinbarungen ziehe ich
In der Ferienfrage ist eine Verschlechterung eingetreten. 578 ₰
in Leipzig ein Tabakarbeiter, der 2000 Stück von der geringsten
acht. Wegen der Transportkosten und Ramponagen haben die
hmer kein Interesse mehr an der Verlegung der Fabrikation.
swöchige Kündigungsfrist ist unter allen Umständen zu be-

ndisch (Heidelberg): Ich möchte manchem Kolleg[illegible]
daß er an den Verhandlungen teilnehmen könnte, er käme [illegible]
über die Fabrikanten zu einem andern Ergebnis und würde nicht immer auf die Verbandsleitung schimpfen. Die Zigarrenarbeiter müssen sich mehr aufraffen und ihr Recht fordern.

Thomelies (Heilbronn): Bis in den letzten Winter konnten wir mit den Vereinbarungen zufrieden sein, dann ging es bergab, infolge der sechswöchigen Kündigungsfrist. Diese muß unter allen Umständen beseitigt werden. Bad Rauheim hat uns gezeigt, was wir von den Unternehmern zu erwarten haben. Wir Tabakarbeiter stehen mit unsern Löhnen weit hinter den andern Arbeitern. Unser Weg soll es sein, gemeinsam mit dem Vorstande vorwärtszukommen. Redner zieht die Heilbronner Anträge zurück.

Hemmerich (Würzburg): Auf die Beseitigung der sechswöchigen Kündigungsfrist müssen wir hinwirken. Die Tabakarbeiterschaft bringt leider unter sich nicht die notwendige Einigkeit und Stoßkraft auf. Redner ist gegen die Beseitigung der reichstariflichen Lohnregulierung. Im Tarife muß auch die Lehrlingsfrage geregelt werden.

Kirchner (Wallenbar) kann sich nicht dafür erwärmen, von der zentralen Tarifvertragspolitik abzulassen. Ein solcher Versuch müßte sicher zum Schaden der Tabakarbeiter ausklaufen. Die Löhne der männlichen Zigarrenarbeiter stehen zurück. Der Zigarrenmacher steht auf dem Aussterbeetat.

Peschel (Dresden): Bei der Einreichung der Lohnforderungen sind günstige Momente verpaßt worden. Teilweise sind die Kollegen selber schuld. Bis jetzt waren die Unternehmer immer die stärkeren. Es rächt sich eben die niedrige Beitragsfestsetzung auf den früheren Verbandstagen. Der Tarifvertrag muß beweglicher werden. Sorgen Sie dafür, daß die Sortierer zu ihrem Rechte kommen. Wir müssen unsere Organisation stärken.

Kalbanke (Hannov.-Münden): Wir müssen von Etappe zu Etappe weiterschreiten, um dem hartnäckigen Unternehmertum entgegenwirken zu können. Wir sind mit unsern Löhnen zurückgeblieben und deshalb müssen wir schneller zu Lohnverhandlungen kommen. Unsere Kollegen lesen leider nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit den „Tabak-Arbeiter“.

Espe (Frankfurt a. M.): Die Zahlen Husungs haben das Gegenteil von dem bewiesen, was ist, weil inzwischen in den andern Industrien die Löhne aufgebessert worden sind. Sehr oft können günstige Situationen wegen der zentralen Lohnvereinbarungen nicht ausgenutzt werden, deshalb muß den einzelnen Bezirken mehr Bewegungsfreiheit gelassen werden. Durch den Beschluß bezüglich der Arbeitsgemeinschaft hat der Verbandstag sich den Weg zum Kampf versperrt.

Knauz (Ex.-Hausen): Wir haben das Gefühl, daß man für uns hätte mehr tun können. Bei den jetzigen Löhnen wird bald der letzte Zigarrenmacher aus der Industrie verschwinden. Unter keinen Umständen dürfen langfristige Tarife abgeschlossen werden.

Schnell (Frankfurt a. M.): Es ist nicht richtig, daß die Zigarrenarbeiter selbst an ihrer traurigen Lage schuld seien. Die Tabakarbeiter der andern Branchen müssen die Zigarrenarbeiter mehr unterstützen. Für die Zigarrenarbeiter muß viel mehr geschehen. Es muß erreicht werden, einheitliche Löhne für alle in der Tabakbranche Beschäftigten zu erreichen. Die jetzigen Löhne sind völlig ungureichend. Von den Vertretern der Arbeiter ist bei den Verhandlungen alles getan worden, höhere Löhne zu erzielen. Andere Behauptungen der Zigarrenfabrikanten sind Schwindel.

Tzschuppan (Schönberg) ist für Beibehaltung der reichstarifischen Lohnregulierung. Die Bezirkstarifverhandlungen müssen möglichst an einem Tage stattfinden. In der Ortsklasseneinteilung muß eine andere Regelung vorgenommen werden. Notwendig ist eine eingehende Beachtung der Lehrlingsfrage und eine gute Pflege der Lohnstatistik.

Neupert (Gera): Wir haben in der letzten Zeit gewiß einen Schritt vorwärts getan, aber die Markenwertung hat alles wieder wettgemacht. Die Akkordlöhne stehen nicht im richtigen Verhältnis zu den Zeitlöhnen. Der Reichstarif hat den Arbeitern in den Städten nur Nachteile gebracht.

Herklotz (Freiberg): Wir sind um 50 Prozent niedriger gestellt, als andere Berufe. Die Lohnforderungen müssen den Teurungsverhältnissen entsprechen. Die Fristen von Verhandlung zu Verhandlung sind zu lang.

Gerloff (Dresden): Die Ausführungen des Kollegen Becker waren die allerbeste Begründung für die Richtigkeit unserer Lohnpolitik. Die zentrale Lohnpolitik hat dazu auch die früher vorhandenen Lohnunterschiede in den einzelnen Orten beseitigt. An der Hinausschiebung der Lohnverhandlungen ist unsere Organisation nicht schuld.

Ziegler (München) geht auf die näheren Umstände bei dem Streik bzw. der Aussperrung in München im Jahre 1921 ein. Wir müssen versuchen, die Zigarettenmaschinisten in unsern Verband herüberzuziehen. In den Tarifen der Rauch- und Schnupftabakindustrie vermissen wir eine Bestimmung, die das Prämiensystem verbietet.

Wenzel (Dresden): Wir dürfen die Zigarrenindustrie nicht mit der Zigarettenindustrie vergleichen. Während die Produktion der ersten hauptsächlich auf dem flachen Lande liegt, liegt die der letzten zum allergrößten Teil in den großen Städten.

Freitag. Vormittagssitzung.

Zunächst werden die Diäten festgelegt. Es wird beschlossen, 200 ₰ für den Tag und 100 ₰ für die Nacht zu zahlen.

Sodann wird die Debatte über die Lohnbewegungen fortgesetzt. Als erster Redner erhält das Wort

Wieber (Friesenheim) bespricht die durch die sogenannte Trockenarbeit hervorgerufenen Mißstände und Differenzen in Oberbaden und stellt das Verlangen, die sich hierauf beziehenden Sonderbestimmungen des Reichstarifvertrages zu beseitigen. Die Nachgiebigkeit der Tarifkommission muß aufhören.

Domeyer (Dresden) befürwortet die zentrale Lohnpolitik. Sie hat den Beweis erbracht, daß es möglich ist, Verbesserungen zu erzielen. Der bisherige Aufbau muß beibehalten werden, jedoch muß es Sache der einzelnen Bezirke sein, die Ortsklassen einzuteilen und die Ortszuschläge festzusetzen. Es muß versucht werden, den Verdienst der Akkordarbeiter über den der Zeitlohnarbeiter hinaufzuschrauben. Ebenso muß die Kündigungsfrist der Lohnbestimmungen herabgesetzt werden.

Strack (Offenburg): Die letzte Lohnbewegung hat uns in Oberbaden organisatorisch weiter gebracht, als mehrjährige Agitationsarbeit. Redner tritt für Aufhebung der Bezirkstarife ein und wünscht die gesamte Lohnregulierung durch die Zentrale.

Hübner (Berlin) ist im Prinzip Anhänger der Tarifvertragspolitik auf zentraler Grundlage. Die langfristige Kündigungsfrist muß unter allen Umständen verschwinden. Die bewilligten Lohnzulagen müssen mit rückwirkender Kraft versehen werden.

Frau Wolf (Speyer): In der Sortiererfrage war es unbedingt notwendig, den Aufbau in der jetzigen Form vorzunehmen, um ein einheitliches Gebilde zu schaffen. Auf der Kasseler Konferenz ist der genommene Ausbau einmütig beschlossen worden. Ebenso ist dem Heidelberger Abschluß von den an der Verhandlung teilnehmenden Kollegen und Kolleginnen einmütig zugestimmt worden. Ferner erörtert die Rednerin die Lohnverhältnisse des besetzten Gebietes und kommt zu dem Resultat, daß die zentrale Lohnpolitik beizubehalten ist.

Frau Harnvardt (Elbing) verteidigt die Haltung des Tarifbeirates bei den Lohnverhandlungen und tritt ebenfalls für die zentrale Lohnpolitik ein.

Probst (Karlsruhe) polemisiert gegen die Ausführungen Husungs.

Dahms (Bremen) wendet sich gegen die Ausführungen von Probst und Freiherr und legt die Gründe dar, die zu dem jetzigen Aufbau des Tarifs für die Sortierer geführt haben.

Koch (Kleinalmerode) spricht sich gegen eine rein bezirkliche Regelung der Lohn- und Tariffrage. Er bedauert ferner die Entlohnung der jugendlichen Arbeiter und Betriebsarbeiterinnen.

Husung (Vorstand): Es war mir klar, daß meine Darlegungen die lebhafteste Aufsprache hervorführen würden. Angesichts der Gesamtlage der Arbeiter ist es nur zu verständlich. Wir müssen aber ungeschminkt sagen, was ist. Wir dürfen auch das, was erreicht werden konnte, nicht kleiner machen. Redner geht nochmals eingehend auf die Lohnfrage ein. Wir erkennen unumwunden an, daß die Löhne der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter absolut den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen und daß es dringend notwendig ist, die Löhne ganz wesentlich zu erhöhen. Im weiteren erörtert er die Verhandlungen in Bad Rauheim und weist die Angriffe von Oberbaden gegen den Tarifbeirat bezüglich der Trockenarbeit zurück.

Rotzwim (Niederbecksen) tritt für zentrale Lohnpolitik ein. Beseitigt werden muß aber die sechswöchige Kündigungsfrist.

Deichmann (Vorstand): Bei der Beurteilung der Tarifverhältnisse müssen wir die Arbeiterschaft des Berufes, die Wichtigkeit des Gewerbes und die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse besonders mit berücksichtigen. Wir erzeugen keine unentbehrlichen Waren. Auch die Aktivität unserer Arbeiterschaft läßt zu wünschen übrig. Redner legt ferner eingehend die gesamte Lohnpolitik des Verbandes dar und befürwortet die Lohnregelung auf zentraler Grundlage.

Clement (Breslau) stellt die Behauptung des Kollegen Armbrust, daß der Vorstand in Muskau entgegen dem Reichstarif die 48stündige Arbeitszeit dem Arbeitgeber zugestanden habe, dahin richtig, daß bezüglich der Arbeitszeit ausdrücklich der Fachschlichtungsausschuß zu entscheiden hatte.

Schulze (Nordhausen) tritt für die zentrale Tarifpolitik ein, jedoch muß die Kündigungszeit geändert werden.

Wenzel (Bremen, Vorstand) stellt noch einmal richtig, daß er in Muskau der 48stündigen Arbeitszeit nicht zugestimmt habe.

Beyer (Dinglingen) erörtert Verhältnisse in Oberbaden.

Gelbke (Frankenberg): Unsere Lohnbewegungen haben uns nicht die Erfolge gebracht, die wir erwarten müssen. Wir müssen zur bezirklichen Lohnregelung kommen.

Fischer (Berlin): In meinem Gau ist fast allgemein die Notwendigkeit der zentralen Lohnregelung erkannt worden. Redner geht im weiteren auf die Verhältnisse in Danzig ein und weist die Angriffe des Kollegen Armbrust zurück.

Becker (Leipzig) wendet sich gegen die Ausführungen Deichmanns. Der Bedarf an Zigarren ist allgemein vorhanden. Es werden immer noch Zigarren zu Schundpreisen verkauft. Die Zigarrenarbeiter müssen auf die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse verzichten. Die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters muß dadurch sinken. Die Löhne müssen unbedingt erhöht werden.

Jessen (Hamburg): Die Hamburger Kollegenschaft steht wohl ausnahmslos auf dem Boden der reichstarifischen Lohnpolitik. Wir haben nicht unseren Vorteil, sondern die Interessen der gesamten Tabakarbeiterschaft dabei in erster Linie im Auge.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

(Schluß folgt.)

Haltet den Dieb!

An diesen Trick wird man unwillkürlich erinnert, wenn man den Bericht aus Hessen in der christlichen Tabakarbeiter-Zeitung liest. Er gibt ein ganz getreues Spiegelbild des christlichen Sekretärs Dolle. Zu den lügnerischen Behauptungen des Berichtes habe ich folgendes festzustellen: 1. Es ist eine grobe Unwahrheit, daß ich oder wir mit niedrigen Beiträgen operieren. Wahr ist vielmehr, daß ich die im christlichen Verband organisierten Arbeiterinnen frug, welchen Beitrag sie bezahlen. Es wurde mir gesagt, 5 Mark in der Woche, worauf ich sagte, das zahlt man bei uns auch. Dann erläuterte ich die betreffenden Bestimmungen unseres Statuts, wonach der Beitrag nach der Höhe des Verdienstes entrichtet werden muß.

2. Es ist gelogen, wenn in dem Bericht behauptet wird, ich hätte gesagt, daß die „Christen“ 30 Prozent gefordert hätten. Die Wahrheit ist folgendes: Nachdem ich das Scheitern der Lohnverhandlungen besprochen hatte, machte ich darauf aufmerksam, daß die Betriebsräte in allen Betrieben bei der Geschäftsleitung 60 Prozent Lohnerhöhung mit allem Nachdruck vertreten. Es sind dann auch Verhandlungen geführt worden, wodurch unsere Mitglieder 50 Prozent Lohnerhöhung bekommen haben. Uns sowohl als auch den Arbeiterinnen in Kahl waren von den Fabrikanten ebenfalls diese 50 Prozent zugesagt. Der christliche Sekretär Dolle habe aber nach uns mit dem betreffenden Fabrikanten verhandelt und eine Vereinbarung mit nur 30 Prozent Lohnerhöhung abgeschlossen, obwohl die 60 Prozent gemeinsam gefordert wurden, begnüge sich Dolle mit 30 Prozent und spiele damit den Arbeitgebern Trümpfe gegen die Arbeiter in die Hände.

3. Daß ich Gewalt angewendet oder auch nur angedroht habe, ist eine bewußte Lüge. Die Wahrheit ist, daß ich sagte, wer heute nicht dem freien Verbande beitrete, den suchen wir in der Wohnung auf, wo die Väter und Brüder, die ja alle freiorganisiert sind, zugegen sind. Dann werden wir diejenigen auch für den freien Verband gewinnen, welche heute noch unschlüssig sind und nicht wissen, was sie tun sollen. Es steht den „Christen“ gut an, Entrüstung zu mimen über Dinge, die gerade sie meisterhaft verstehen, allerdings unter Zuhilfenahme der Geistlichkeit und der allbekannten Missionare. Wo die Unduldsamkeit herrscht, das lehrt am besten die Geschichte. sagte doch der Bischof Henle in Regensburg: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“.

4. Nicht ich bin der Friedensstörer, sondern dieses Handwerk betreibt Dolle seit 3 Jahren unter Anwendung der schäbigsten Mittel. Im nachfolgenden will ich das Gedächtnis des Herrn Dolle etwas auffrischen. Ich stelle nunmehr folgende öffentlichen Fragen an den Zentrumsagitator Dolle: 1. Was hat Herr Dolle in Dingen in den zwei Stunden im Bureau der Firma Gräff u. Co. zu tun gehabt? Ist er vom Herrn Direktor gerufen worden oder hat er seine Dienste dem Herrn Direktor angeboten? 2. Wer ist der Hetzer und Friedensstörer innerhalb der Arbeiterschaft? Herr Dolle, darüber haben wir ein erdrückendes Material. Ihre ganze Tätigkeit beruht auf Worten, nichts als Worten, denn von Taten ist recht herzlich wenig zu spüren.

Eins sei für heute angeführt: Sie sagten wiederholt zu uns, wir hätten niedrigere Beiträge als Sie; wenn wir uns informierten, war gerade das Gegenteil der Fall. Sie wollten uns veranlassen, die Beiträge in die Höhe zu treiben, um nachher unseren Mitgliedern zu sagen, kommt zu uns, da braucht Ihr nicht so viel zu zahlen. Nur auf krummen, hinterlistigen Wegen sind Sie in der Lage, Mitgliederfang zu treiben.

W. Münch, Frankfurt a. M.

Soziales.

Teurungsmaßnahmen für Militärrentner.

Die den Schwerkriegsbeschädigten, sowie den erwerbsunfähigen Kriegerwitwen bisher gewährten Teurungszuschüsse haben durch Beschluß des Reichstages vom 30. Juni d. J. auf gesetzlichem Wege eine Neuregelung erfahren.

Nach dem neuen Gesetz, das am 1. August 1922 in Kraft getreten ist, beträgt der monatliche Teurungszuschuß für Schwerbeschädigte bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 Prozent 500 ₰, bei Minderung der

mikrofilm service
Gerd Gutt KG
Otto-Hahn-Straße 21
Postfach 410249
4400 Münster-Roxel

A 3

A 2

Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 Prozent 750 M, für Schwerbeschädigte, die nur auf die Rente angewiesen sind und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande sind, 1000 M, für eine Witwe (sofern sie erwerbsunfähig oder einer erwerbsunfähigen Witwe gleichgestellt ist) 500 M, wenn sie nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist, 700 M, für eine vaterlose Waise 250 M, für eine elternlose Waise 300 M, für einen Elternteil 300 M und für ein Elternpaar 500 M. Außerdem erhält der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, neben dem Teurungszuschlag für jedes Kind 200 M, Empfänger eines Uebergangsgeldes, Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe und Empfänger eines Hausgeldes während der vollen Kalendermonate der Heilbehandlung, auch wenn eine geringere Minderung der Erwerbsunfähigkeit als 50 Prozent festgestellt ist, erhalten monatlich 450 M, und wenn Hausgeldempfänger für Kinder zu sorgen haben, neben dem Teurungszuschuß für jedes Kind 200 M.

Die nach § 87 des RVG. zu gewährende Teurungszulage wird für das Stebergeld auf 200 Prozent, die Pflegezulage und für die den Blinden zustehenden Unterhaltungskosten für den Führerhund von 35 auf 235 Prozent erhöht.

Ueberfteigt das regelmäßige Einkommen, das der Versorgungsberechtigte neben den Versorgungsgebührnissen bezieht, die jeweils geltenden Höchstsätze der Erwerbslosen um drei Viertel, so erhält er den Teurungszuschuß nur zum halben Betrage, übersteigt sein Einkommen diese Höchstsätze um mehr als das Doppelte, so erhält er keinen Teurungszuschuß.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, bei zunehmender Teurung die Zuschüsse mit Zustimmung des Reichsrates und der Ausschüsse des Reichstages abzuändern. Während der Vertagung des Reichstages ist nur die Zustimmung des Reichsrates erforderlich; die Aenderung ist dem Reichstage alsbald mitzuteilen. Außerdem wurde eine Entschließung angenommen:

die Reichsregierung zu ersuchen, bei eintretender Brotpreiserhöhung, die bei Verabschiedung des Gesetzes noch nicht berücksichtigt werden konnte, sofort die Teurungszuschüsse entsprechend zu erhöhen.

Durch Annahme dieser Entschließung ist Sorge getragen, daß die Regierung, sobald die neue Brotpreiserhöhung feststeht, die Sätze entsprechend erhöht.

Dieses auf dem Prinzip der Bedürftigkeit aufgebaute Gesetz soll der größten Not abhelfen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden sind, so bringt das Gesetz gegenüber den bisherigen Verordnungen doch wesentliche Verbesserungen. Vor allem gibt es die Möglichkeit, daß auch Leichtbeschädigte und erwerbsfähige Witwen, die bisher ausgeschlossen waren, die Teurungszuschüsse erhalten. Außerdem sind die Reichsbestimmungen für den Bezug der Zuschüsse wesentlich erhöht worden. Für den Herbst hat die Regierung eine Novelle zu der so dringend notwendigen Aenderung des Ruheversorgungsgesetzes in Aussicht gestellt. Bei dieser Aenderung werden die Renten allgemein den Verhältnissen angepaßt und eine Reihe von Mängeln beseitigt werden müssen. Aber selbst dann wird es notwendig sein, daß neben dem RVG. für die besonders Hilfsbedürftigen Fürsorgemaßnahmen getroffen werden.

Ein Gesetz über das Lehrlingswesen.

Das Gesetz über das Lehrlingswesen ist, wie Staatssekretär Hirsch im Reichstag ausführte, ein Rahmengesetz und versucht, das gesamte Lehrlingswesen in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft, wenn möglich auch in der Hauswirtschaft zu regeln. Der Entwurf will den Jugendlichen in weitem Umfange berufliche Ausbildung zuteil werden lassen und gibt die Grundsätze für ihre Beschäftigung. Die Regelung des Lehrverhältnisses bleibt den beteiligten Berufsständen, den Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern vorbehalten. Bei Erfüllung dieser Aufgaben sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die Lehrlingszüchterei soll sich nicht weiter ausbilden können, und nur solche Betriebe sollen Lehrlinge anleiten dürfen, die zur Ausbildung wirklich geeignet sind. Die Entscheidung sollen die berufsständischen Vertretungen fällen. Auch das Lehrlingsprüfungswesen soll ausgebildet und die Landwirtschaft ermächtigt werden, für gewisse Berufszweige die Lehrlingsprüfung einzuführen. Schließlich enthält das Gesetz Vorschriften über die Beschäftigung von Lehrlingen und Jugendlichen in solchen Bureaus, die der Gewerbeordnung nicht unterstehen. Weil das Lehrlingsverhältnis kein reines Arbeitsverhältnis sein kann, soll die Ausbildung auch die Erziehung umfassen, die allerdings den heutigen Anschauungen entsprechen muß. Diesen Anschauungen entspricht nicht das Recht zur Züchtigung, das beseitigt werden muß. Zur Qualitätsarbeit, die wir gebrauchen und erstreben müssen, gehört eine gründliche Durchbildung des Nachwuchses.

Das Arbeitsnachweisgesetz

ist am 13. Juli 1922 vom Reichstag in dritter Lesung mit der Zustimmung angenommen worden, daß es am 1. Oktober 1922 in Kraft tritt.

Die Regierungsvorlage hat erhebliche Aenderungen erfahren, doch bleibt es nach den Beschlüssen des Reichstages bei dem Aufbau der Arbeitsnachweisämter (öffentliche Arbeitsnachweise, Landesämter für Arbeitsvermittlung, Reichsamt für Arbeitsvermittlung), der im Gesetzentwurf vorgesehen war und der planmäßig und lückenlos das ganze Reichsgebiet umfaßt.

An der Geschäftsführung der Arbeitsnachweisämter werden neben den öffentlichen Körperschaften Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheidend beteiligt sein. Dabei ist besonders Vorsorge getroffen, daß auch Minderheiten eine angemessene Vertretung finden. Die Tätigkeit der Arbeitsnachweisämter kann sich auf Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung erstrecken. Das Fortbestehen und die Neugründung nicht gewerbsmäßiger Arbeitsnachweise ist durch das Gesetz nicht ausgeschlossen, aber künftig von gewissen Voraussetzungen abhängig. Dabei ist insbesonders sichergestellt worden, daß auch diese Arbeitsnachweise nicht zur Umgehung von Arbeitnehmern oder zu entsprechenden Maßnahmen gegen Arbeitgeber mißbraucht werden können. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung erlischt grundsätzlich mit dem 1. Januar 1923. Der Reichsarbeitsminister kann in Einzelfällen Ausnahmen hiervon zulassen, anderseits aber auch für einzelne Berufe die gewerbsmäßige Stellenvermittlung bereits vor dem genannten Zeitpunkt untersagen.

Verbandsteil.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen:

27. Juli: Odenheim 2021,—.
29. Juli: Kirchardt 6665,80.
31. Juli: Speyer 8500,—. Berlin 15 000,—. Offenburg 50 000,—.
1. August: Lübbecke 14 150,—. Nauza 1000,—. Moringen 1000,—. Lagenbach 1760,40. Heidelberg 5000,—. Mingolsheim 1700,—. Rot 21,60.
2. August: Freiberg 10 000,—. Zwickau 2500,—. Halbau 889,70. Jeß 500,—. Berlin 27 000,—. Kenzingen 16083,70. Gießen 10 000,—.
3. August: Scheidenberg 1000,—. Obermoßnen 1113,—. Dillenburg 4250,50. Oeschweier 1549,60. Mülheim 2082,50. Augsburg 3000,—. Hohenhausen 8200,—. Nommerweiler 3000,—. Kippenheimweiler 842,40. Meßenheim 1300,—. Waldorf 3866,20.
4. August: Waldkappel 3000,—. Halle a. S. 4000,—. Magdeburg 100,—. Neumünster 1000,—. Hagen b. Vyrmont 1916,10. Königsberg 5000,—. Fränk.-Crumbach 2680,—. Bingen 12 684,60. Kl.-Krotzenburg 5000,—. Döbeln 20 000.
5. August: Gießen 10 000. Wolgast 1000,—. Tannenberg 1000,—. Potsdam 500,—. Goldberg 2000,—. Friesenheim 15 000,—. Ottenheim 1000,—. Landshut 3700,—. Mainz 200,—. Brotterode 13 000,—. Schwein a. d. M. 1200,—. Edingshausen 4272,50. Ingenheim 3000,—. Seesen 1500,—. Dierdburg 1297,20. Plungstadt 4000,—. Nordhausen 20 000,—. Hockenheim 10 000,—. Neufrschlett 5000. Bovenden 4500,—.
6. August: Ulm 3000,—.
7. August: Pr.-Oldendorf 4181,50. Brandenburg 1000,—. Arsch 3000,—. Gohfeld 1800,—. Offenbach a. Queich 3000,—. Neudorf 900,—. Elbing 42 000,—. Görlitz 10 000,—. Beerfelden 850,—. Luftnau 2500,—. Enger 3777,18. Pforzheim 500,—. Wasungen 10 000,—. Oestringen 4000 —. Liegnitz 3000,—. Schönaich 5000,—. Osnabrück 7556,75. Bietigheim 1200,—.
8. August: Eilten 900,—. Gießen 8000,—. Celle 737,60. Berlin 17 000,—. Oranienbaum 5000,—. Northeim 6000,—. Mittenberge 1000,—. Schönberg 3000,—. Elsterberg 1786,50. Elchwege 5000,—. Ifenstedt 3500,—. Hainstadt 2000,—. Mühlacker 4000,—. Kulbach 372,—. Lörrach 2000,—. Mannheim 11 800,—.
9. August: Stift Quernheim 4300,—. Bonn 4000,—. Heppenheim 4000,—. Kandel 1200,—. Oschersleben 10 000,—. Gottbus 2000,—. Calau 140,10. Eilsklausen 7434,50. Hahrode 765,—. Dresden 200 000,—. Apolda 500,—.
10. August: Hanau 2000,—. Frankfurt a. M. 8000,—. Frankfurt a. d. O. 3200,—. Schwenningdorf 7180,65.
11. August: Stuttgart 9000,—. Bochum 1500,—. Hann.-Münden 10 000,—. Plön 1000,—. Bad Orb 5442,—.
12. August: Achim 1000,—. Oerlinghausen 1500,—. Kaiserslautern 3000,—. Pfassenhofen 7000,—. Regensburg 6000,—.

Bremen, 15. 8. 22. J. Krohn.

Eingegangene Abrechnungen:

Gau Hamburg: Freden, Clausthal.
Gau Nordhausen: Apolda, Hahnrode, Uslar.
Gau Herford: Pr.-Oldendorf, Gohfeld, Detmold, Enger, Ifenstedt, St. Quernheim, Uhle, Eilshausen, Schwemmingdorf, Hameln.
Gau Köln: Vallendar.
Gau Heidelberg: Ubstadt, Malenfels.
Gau Offenburg: Herbolzheim.
Gau Dresden: Seifhennersdorf.
Gau Breslau: Haubon.
Gau Berlin: Brandenburg, Dahme.

Mitgliedsbücher.

Als verloren gemeldet:

Arlen: Die Mitgliedskarte Kath. Link, geb. 21. 12. 02, eingetreten 13. 2. 1922.
Die Mitgliedskarte Christine Rosch, geb. 7. 9. 1900, eingetr. 30. 9. 1921 (561/3. J. 22).
Gießen. Das Mitgliedsbuch S. III 15 147 Lina Jung, geb. 18. 12. 1898, eingetr. 1. 12. 19:
Das Mitgliedsbuch S III 6192 Emma Kraft, geb. 20. 7. 01, eingetreten 12. 3. 19 (136/3. J. 22).
Nordhausen: Das Mitgliedsbuch Minna Steinmetz, geb. 26. 10. 89, eingetr. 6. 12. 20 (33/2. J. 22).
Dresden: Die Mitgliedskarte Hilda Wetzel, geb. 5. 5. 03, eingetr. 1. 10. 20, Kl. 4 (640/11. J. 22).
Spremberg: Das Mitgliedsbuch S. II 89 656 Wilhelm Pfaffko, geb. 16. 9. 68, eingetr. 1. 12 17 (761/1. J. 22).
Heilbronn: Das Mitgliedsbuch 29 540 Marie Hoffmann, geb. 25. 12. 61, eingetr. 10. 3. 20.
Die Mitgliedskarte Karl Marian, geb. 13. 5. 05, eingetr. 24. 3. 22.
Die Mitgliedskarte Sofie Frank, geb. 19. 12. 04, eingetr. 15. 5. 22 (770/4. J. 22).
Hockenheim: Das Mitgliedsbuch S II 60 503 Marg. Bröckel, geb. 4. 4. 92, eingetr. 24. 4. 08 (769/3. J. 22).

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.

Nach Mittelbaden wird ein selbständiger tüchtiger Sortierer(in) für feines Sortiment gesucht. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis Ludw. Klein, Heidelberg, Bergheimerstr. 82, II.

Zwei tüchtige Sortierer werden nach Mühlhausen gesucht.

Einige gute Zigarrenarbeiter, welche auch Penalarbeit sowie Formarbeit machen können, werden nach Herrenbreitungen gesucht.

Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis Herm. Schmidt, Nordhausen, Molkestraße 16 I.

Adressen-Aenderungen.

Dörna (2): 1. Bev. Frau Minna Ernst, Nr. 30.
Fambach i. Thür. (Post Wernshausen): 1. Bev. Berta Beyer, Zig.-Arb.; 2. Bev. Luise Wiedel, Zigarrenarbeiter.
Hallungen (2): 2. Bev. Julius Heinlagen.
Herringhausen (3): 2. Bev. M. Vogelsang, Oelinghausen 18.
Hilschfeld (4): 1. Bev. Peter Paul, Best.
Jelnhausen (3): 1. Bev. Heinr. Ritter, Roth a. H., Hochstr. 12.
Kälberau (5): 1. Bev. Frl. Käthe Dörsching, Haus 37.
Michelbach (5): 1. Bev. Anna Heun 11; 2. Bev. Elise Monden.
Krünwetterbach (7): 1 Bev. Kath. Link. 2. Bev. Emma Löffler.
Schw.-Gmünd (7): 1. Bev. Theodor Reußmann, Kalter Markt 35.
Liesenbach (7): 1. Bev. Eugen Mildenberger. 2. Bev. Franz Emmerich.
Ulm (7): 1. Bev. Hans Arnold, Gneisbadgasse 26; 2. Bev. Ed. Lutz, Wiblingen b. U. 94.
Oberweier (9): 1. Bev. Valentin Benzinger.
Grimma (10): 2. Bev. Max Stecher, Hobeltr. 13.
Neundorf (10): 1. Bev. Heinr. Däumer, Zigarrenhandr.
Apolda (2): 1. Bev. Gustav Peine, Wilhelm-Ernst-Str. 57.
Jena (2): 1. Bev. M. Mittler, per Adr. Zig.-Fabr. H. Wehlmann, Ziegelmühlenweg 3, ptr.
Werste (3): 1. Bev. Heinr. Strathmann, Nr. 176. 2. Bev. Fritz Taake, Nr. 242.
Malenfels (2): 2. Bev. Ernst Schenk.
Rot b. H. (7): 1. Bev. Josef Speckert, Kirchgasse 100.
Dretzig (10): 1. u. 2. Bev. A. Köhler, Großröhrsdorf 220.
Plauen (10): 1. Bev. Hans Strobel, Parkstr. 11, p. 2. Bev. Albert Jennisch, Dürerstr. 1.
Oels b Breslau (11): 1. Bev. Frl. Emma Obieglo, Hindenburgstr. 5 a. 2. Bev. Frau Ell. Wölfer.
Unruhstadt i. Schl. (11): 1. Bev. Berta Maliske, Neuer Ring 203. 2. Bev. Frau Rosa Gogoll, Kage b. U.

Versammlungsberichte betr.

Der 18. Verbandstag hat die Anträge, durch deren Annahme die Redaktion verpflichtet werden sollte, alle Versammlungsberichte unverzüglich und ungekürzt aufzunehmen oder mehr Raum für Versammlungsberichte zur Verfügung zu stellen, nicht genügend unterstützt und damit zur Aussprache und Beschlußfassung nicht zugelassen. Später hat sich der Berichterstatter der Statutenberatungskommission ohne Widerspruch gegen die vielen Nebensächlichkeiten in den Versammlungsberichten ausgesprochen. Damit hat der Verbandstag unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die Veröffentlichung der Versammlungsberichte eingeschränkt werden soll. Mehr aufklärende Artikel, besonders für die weiblichen Mitglieder, können nur dann gebracht werden, wenn sich die Schriftführer bei der Einsendung von Versammlungsberichten größere Zurückhaltung auferlegen und nur über solche Dinge kurz und sachlich berichten, die für alle Mitglieder Interesse haben.

Die Redaktion wird in Zukunft, gestützt auf die Willenskundgebung des Verbandstages, alle Berichte von der Veröffentlichung ausschließen oder entsprechend kürzen, die nicht den obengenannten Voraussetzungen Rechnung tragen. Die Redaktion.

Versand des „Tabak-Arbeiter" betr.

Adressenänderungen, Mehr- oder Abbestellungen, soweit sie auf den Versand der Verbandszeitung Bezug haben, müssen spätestens bis zum 15. eines Monats der Expedition mitgeteilt werden. Später eingehende Mitteilungen können für den folgenden Monat keine Berücksichtigung mehr finden. Die Expedition.

Gestorbene:

Am 29. Mai starb zu Nürnberg Babette Zweier, 46 Jahre alt.
Am 6. Juli starb zu Dresden die Packerin Martha Kirschig, 32 Jahre alt.
Am 9. Juli starb zu Dresden die Zigarrenteinschlägerin Minna Richter, 54 Jahre alt.
Am 2. August starb zu Emmerich der Zigarrenarbeiter Gustav Entling, 63 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Bremer Tabak-Import
J. Heinrich Müller, Bremen
Auf dem Packkamp 22 24 Fernruf: Roland 3763

Sämtliche Preise per ½ kg verzollt!

Sumatra-Decker 2. und 3. Länge Vollblatt, feinste Deli-Gewächse, ergiebiges hellfarbiges Blatt	M. 230,	270
Java Umblatt 1. und 2. Länge Vollblatt	„ 125,	
Java Umblatt, Ausfarbeiter etwas Erdgeruch, blattig	„ 70,	
Java Einlage, für Zigarren geeignet, äußerst preiswert	„ 75,	
Domingo-Umblatt Moca, leicht, gut im Brand	„ 105,	
„ „ „ BJ/F. beste Qualität	„ 112,	
Carmen-Umblatt Industrial, blattig, leicht	„ 110,	
Brasil-Decker PP. das Allerfeinste, sehr ergiebig	„ 190,	205
Brasil-Einlage, gedeckt 3 a 8 a Viacao	„ 90,	
Brasil-Einlage, lose Viacao F L	„ 85,	
Bosnut, hauptsächlich Umblatt	„ 75,	
Deutsches Umblatt, leichtes grobes Gewächs	„ 62,	
Seedleaf, blattige Ware	„ 90.	

Versand nur an zollamtlich angemeldete Verarbeiter frei Verpackung ab Bremer Lager unter Nachnahme.
Kentucky-Virginia-China-Tabake billigst. Auf Wunsch Sonderofferte.

Nr. 252	Borstenlanden, Umbl. und Decke, Vollblatt 2. Lg.	150 M.
Nr. 253	Borstenlanden, Decke dunkel, 2. Lg.	130 M.
Nr. 254	Java Einlage (nicht allein abzugeben)	85 M.
Nr. 255	Brasil-Decke, groß und blattig	200 M.
Nr. 256	Brasil-Einlage, gedeckt	85 M.
Nr. 257	Brasil-Umblatt und Decke	100 M.
Nr. 258	Sumatra-Decke, Vollbl. 3. Lg., hell und leicht	100 M.
Nr. 259	Sumatra-Decke, Stückbl. 1. Lg., hervorr. Qual.	440 M.

Sämtliche Preise per ½ kg und inklusive Zoll.
Bei Beziehungen bitte Zoll-Nr. und Zollamt anzugeben!

Jom Levie, Rohtabak, Hamburg, Königstr. 27

L. Cohn & Co., Berlin N.
Gegründet 1870. Brunnenstr. 24.
Rohtabake-Maschinenfabrik
Sämtliche Utensilien und Maschinen zur Zigarren- und Tabakfabrikation.
Aeltestes und größtes Haus der Branche. — Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.
Neuetablierungen günstigste Bedingungen.
Preislisten Ta auf Wunsch umstehend kostenlos.

Einrichtungsgegenstände für Zigarren-Geschäfte u. Fabriken
Moderne Muster in praktischster Ausführung
Verlangen Sie meine Preislisten
Heinrich Franck
Berlin N 54, Brunnenstrasse 22
Rohtabakhandlung

Billige böhmische **Bettfedern**
1 kg: greue geschlissene M. 300, halbweiße M. 360, weiße M. 420, bessere M. 480, daunenweiche M. 600 u. M. 720, beste Sorte M. 830 u. M. 1000, weiße Rupfledern M. 650, M. 650, M. 750. — Versand franko, zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel
Lobes No 245
bei PILSEN, Böhmen.

Bremer Buchdruckerei
J. H. Schmalfeldt & Co.
liefert in moderner Ausführung
sämtliche Drucksachen
schnell und preiswert.

Kaufe jeden Posten **Tabakrippen**
zu den höchsten Tagespreisen!
Alb. Plaß, Hamburg
Wandsb. Chaussee 257
Telephon: Nordsee 2784 N. 2
Abholen kostenlos!

Verantwortlicher Redakteur: F. Dahms. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband. R. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanst. J. H. Schmalfeldt & Co., sämtlich in Bremen.

A 2 A 3 A 4 A 5